Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 4250 M., durch die Post 6500 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1645, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 130 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 180 Mark | Dienstag, den 17. April 1923 | 3. Jahrgang. Nr. 89

Die kapitalistische Verständigung

Rosenbergs Rede — Einigung auf Kosten der Arbeiter

(Eigener Bericht)

Berlin, 16. April.

Reichsaußenminister Dr. von Rosenberg sprach heute im Reichstag über das Reparationsproblem und den Einbruch ins Ruhrgebiet. Der Ausgang des ungleichen Kampfes im Ruhrgebiet und Rheinland werde von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Was wir wollen, ist: eine Freiheit, die zwar belastet sein wird mit Leistungen, die bis an die Grenzen unserer Kraft gehen, an deren Erfüllbarkeit aber das deutsche Volk glauben muß, um sie zu erfüllen. Die jetzige Regierung zögerte nicht, die Note vom 14. November zu ihrer eigenen zu machen und diese Note durch weitere praktische Vorschläge auszubauen. In diesem Bestreben hat sie Vorschläge der Londoner Konferenz bzw. Bonar Law unterbreitet. Es war uns völlig klar, daß Frankreich nicht nur Geld, sondern auch wirtschaftliche Begünstigungen für seine Industrie und politische Sicherheiten gegen eine vermeintliche „deutsche Gefahr“ haben wollte. So entstand der Vorschlag, daß die am Rhein interessierten Staaten sich zu treuen Händen Amerikas gegenseitig die Pflicht auferlegen sollten, während einer langen Zeitdauer gegenseitig keinen Krieg gegeneinander zu führen. Den wirtschaftlichen Wünschen suchten wir dadurch zu entsprechen, daß wir anregten, drei deutsche Wirtschaftler nach Paris zu entsenden, **zwecks Schaffung einer wirtschaftlichen Kooperation der beteiligten Industrien** auf breiter Grundlage. Für die am 1. Januar zusammentretende Ministerpräsidentenkonferenz hatten wir ein neues Projekt ausgearbeitet. Die Pläne sollten durch Staatssekretär Bergmann unterbreitet und mündlich erläutert werden. **Als feste Summe nannten wir 20 Milliarden Goldmark, die im Laufe des vierten Jahres zu 5 Prozent verzinslich sein sollten.** Diese 20 Milliarden sollten durch eine innere und äußere Anleihe aufgebracht werden. Nach dem vierten Jahre sollten **weitere fünf Milliarden** und nach dem achten Jahre **ebenfalls weitere fünf Milliarden** gezahlt werden, zusammen also schlugen wir **30 Milliarden vor.**

Der Vorschlag, der Staatssekretär Bergmann mitgegeben wurde, enthielt auch folgende Punkte: Die Garantie der Industrie sollte durch gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen sichergestellt werden.

Inzwischen ist das wichtigste Kraftzentrum Deutschlands lahmgelegt worden und große Werke vernichtet. Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung der Reparationen ist verringert worden, **aber ich glaube, daß eine Lösung eines Tages gefunden werden wird und gefunden werden muß.** Deutschland bleibt nach wie vor gewillt, zur Lösung der Reparationsfrage **Opfer zu bringen und zu zahlen,** was in seiner Kraft steht.

Die Wiederherstellung der deutschen Arbeitsmöglichkeit kann nur erfolgen durch die Räumung des widerrechtlich besetzten Gebietes, durch den Abbau der Rheinlandbesatzung.

Heute liegt doch irgendein Anzeichen dafür nicht vor, daß Paris aus den Fällen der Vergangenheit gelernt hat. Die jetzigen Pläne der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaates gehen noch über den Vertrag von Versailles hinaus und sind für uns undiskutierbar. Das Rheinland und die Rheinländer sind und bleiben deutsch. Ebensowenig ist die weitere Schmälerung unserer Hoheitsrechte, in welcher Form immer, unannehmbar. Das in Brüssel beschlossene und in Paris bekräftigte und in Dünkirchen erneut verkündigte System etappenweiser Räumung ist für uns unannehmbar. Die Reichsregierung wird sich nicht dazu hergeben, zur Beseitigung gegenwärtiger Schwierigkeiten die Zukunft zu opfern.

*

Die Rede des deutschen Außenministers sagt trotz der Erklärung der „Undiskutierbarkeit“ des selbständigen rheinischen Bundesstaates und der Unannehmbarkeit des „Systems der etappenweisen Räumung“, daß der Widerstand der deutschen Bourgeois-Regierung nur noch eine Pose, von allem Anfang an überhaupt nur eine Pose gewesen ist, hinter der sich der Kampf um den Prozentanteil zwischen der deutschen und französischen und den deutschen Kapitalisten an der Ausbeutung des deutschen Proletariats vollzieht. Rosenbergs Rede, in der endlich offiziell der Inhalt der Vorschläge, die der Staatssekretär Bergmann der Entente unterbreiten und mündlich erläutern sollte, enthalten ist, zeigt, wie weit die Verständigung schon gediehen ist und vor allem, daß die deutsche Bourgeoisie von allem Anfang an bereit war, sich über die gemeinsame Ausbeutung mit der französischen zu verständigen.

Der Unterschied zwischen den Plänen Loucheurs und Stinnes ist faktisch nicht mehr groß und Rosenberg spricht es unumwunden aus, daß Deutschland nach wie vor bereit ist, Opfer zu bringen und zu zahlen bis an die Grenzen seiner Kraft, d. h. bis an die Grenzen, die die deutschen Kapitalisten ertragen können, ohne selbst in ihren Ausbeuterinteressen getroffen zu werden.

Was die Regierung der deutschen Bourgeoisie zu bewilligen bereit ist, enthält in großen Zügen bereits das, was Loucheur fordert. Zu „treuen Händen des „neutralen Amerika“ sollen Frankreich und Belgien die geforderte „Sicherheit“ am Rhein erhalten. Was kann das praktisch anders sein, wenn der Vorschlag praktische Gestalt in der endgültigen Verständigung annimmt, als ein neutraler Pufferstaat mit einer internationalen Gendamerie, wie sie Loucheur verlangt. In die wirtschaftliche Kooperation der deutschen und französischen Industrie war die Regierung Cuno von allem Anfang an bereit, „auf breitester Grundlage“ zu willigen. Als „feste Summe“ will die Regierung bereits 30 Milliarden Goldmark als Reparationen bewilligen, die durch in- und ausländische Anleihen aufgebracht werden sollen, und die die deutschen Kapitalisten zu garantieren bereit sind. Die Garantie der deutschen Kapitalisten soll durch gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen sichergestellt werden, d. h. die Cuno-Regierung ist bereit, die Reichsbetriebe (Eisenbahn und Post) dem Stinnes auszuliefern und die Knebelungsgesetze zu schaffen, um den inneren Ausbeutungsfrieden zu sichern.

Die wesentlichen Differenzpunkte, in denen die Forderungen Poincarés und Loucheurs noch über die Vorschläge der Cuno-Regierung hinausgehen, das ist die „feste Reparationssumme“ (Loucheur fordert 50 Milliarden) und das (freilich noch nicht ganz offen ausgesprochene) Ziel eines französisch-tschechischen Korridors, den der französische Imperialismus mit der Bildung einer Donauföderation über Bayern anstrebt, um den übrigen deutschen Gebieten jederzeit seinen Machtwillen aufzwingen zu können.

Wenn der Reichsaußenminister Rosenberg die Phrase von der „Fortführung des Kampfes mit den Waffen des Rechts zur Ueberwindung der Gewalt des Militarismus“ gebraucht hat, so bedeutet das nichts anderes, das die Pose des passiven Widerstandes nur noch so lange gespielt wird, bis auch über diese Differenzpunkte die Verständigung erzielt und in Deutschland selbst die Voraussetzungen für den Pakt geschaffen sind.

Das deutsche Proletariat muß sich der Furchtbarkeit seines Schicksals bewußt werden, von dem es bedroht ist. Die Verständigung der kapitalistischen Ausbeuter dies- und jenseits der Grenzen, die ihrem Vollzuge nahe ist, erhebt den französischen Imperialismus auf den Gipfel seiner Macht und vernichtet die Lebensprinzipien der Existenz des Proletariats in ihrer Wurzel. Das Proletariat darf darum die Abwehr des imperialistischen Einbruchs in das Ruhrgebiet nicht lange der deutschen Bourgeoisie überlassen. Die Arbeiterschaft muß ihn den greisenhaften Händen der deutschen Bourgeoisie-Regierung entreißen. Die Großbourgeoisie will keinen ernsthaften Kampf, sie will sich verständigen. Die Mittel- und Kleinbourgeoisie ist, und mit ihnen die reformistische Sozialdemokratie, kampfunfähig und pazifistisch und jederzeit bereit, sich in die Arme der stärkeren Macht zu werfen.

Die deutsche Arbeiterschaft muß den Abwehrkampf gegen den räuberischen französischen Imperialismus selbständig und Schulter an Schulter mit dem französischen und internationalen Proletariat führen. Die deutsche Arbeiterschaft kann das, wenn sie sich ihrer Macht bewußt wird, ihren Machtwillen entwickelt und alle Kräfte zum Kampf um die Arbeiter-Regierung mobilisiert, die auf Kosten der deutschen Bourgeoisie die Kräfte der Revolution zur Niederwerfung des französischen Imperialismus entfesseln wird!

Das Ministerium der Impotenz

(Eigener Bericht)

Berlin, 16. April.

Die Montagssitzung im Reichstag sollte ein sogenannter großer Tag werden. Auf Wunsch der Regierung war der Etat des Auswärtigen auf die Tagesordnung gesetzt worden, um dem Minister Rosenberg Gelegenheit zu geben, zur Ruhraktion und dem immer brennender werdenden Konflikt Stellung zu nehmen. Die kapitalistische Presse, der die Ruhrepisode auf den Nägeln zu brennen beginnt, die immer dringender nach Verhandlungen ruft, meinte, die Montagssitzung im Reichstag werde von „grundlegender Bedeutung für die Weltpolitik“ sein. Daß Gott erbarm! Was Rosenberg verzapfte, das war ein im elegischen Pfaffenton vorgetragener Phrasenbrei, der auch nicht den kleinsten Schimmer weltpolitischen Verständnisses erkennen ließ. Und dabei hatte der Mann den Mut, zu sagen, daß für die Politik des Auswärtigen Amtes Qualität mehr gelte als Quantität.

Rosenberg wurde abgelöst durch den VSPD.-Mann Müller-Franken, der denselben Faden in SPD.-Aufmachung weiterspinnt. **Er betonte natürlich, daß die Integrität des Reiches nicht angetastet werden dürfe, daß das Rheinland deutsch bleiben müsse und wie die alten nationalen Ladenhüter alle heißen. Schließlich verlangte er, daß die Regierung verhandelt, wenn sich Gelegenheit dazu bietet.**

Der Zentrumsmann Marx versichert als Rheinländer auch, daß das Rheinland deutsch bleiben werde, und bezeichnet Frankreich als den alleinigen Friedensstörer, aber es klingt doch ganz leise eine gewisse Konfliktsmüdigkeit durch seine Rede. Jedenfalls weist er die Regierung auf ihre Pflicht hin, jeder Möglichkeit zu Verhandlungen nachzugehen

Den Schluß für die heutige Sitzung macht der deutschnationale Professor und Auslandspolitiker der „Kreuzzeitung“, Hoetzsch. Es sollte, wie man erzählte erst der kampflustige Hergt sprechen, aber anscheinend ist man dahin übereingekommen, die „große weltpolitische Debatte“ mit gedämpftem Trommelklang zu führen. Und so weicht auch die Rede des Deutschnationalen nach keiner Richtung von den übrigen Reden ab. Die Bescheidenheit dieser Revanchepolitiker ist so groß geworden, daß Hoetzsch es schon als einen Erfolg des passiven Widerstandes an der Ruhr verbucht, wenn die Franzosen die Reparationsfrage nicht mehr als Diktat zu behandeln geneigt sind. Im übrigen polemisiert er gegen die VSPD., weil diese von der Regierung ein bestimmtes Verhandlungsprogramm verlange.

Die Chancen der beiden Parteien

Im Viva-Verlag ist soeben eine Broschüre der Genossen Leonid-Friedrich erschienen: „Zehn Prozent oder die Nation.“ Wir geben heute einen Abschnitt aus der lehrreichen Broschüre, die jeder Arbeiter lesen sollte, wieder. Die Redaktion.

Zu welchem Ende wird der Krieg an der Ruhr führen? Es scheint auf den ersten Blick, als ob Frankreich strategisch das Heft vollkommen in der Hand hält. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets drückt es in unerträglicher Weise auf die wirklichen Machthaber Deutschlands und seiner Industrie. Es kann diese Position dazu ausnützen, das Ruhrbecken und das rheinische Industriegebiet dauernd von Deutschland abschnüren. Es kann durch die Schaffung einer rheinischen Republik, durch die Verflechtung der Industrie des Rheins und der Ruhr mit der französischen Wirtschaft, durch die Errichtung einer besonderen Währung, des „rheinischen Franken“, Deutschland seiner Existenzbasis berauben.

Aber auch die Strategie Stinnes' darf nicht unterschätzt werden. Das tun auch die maßgebenden Franzosen nicht. Die „Journee Industrielle“ warnt vor diesem Fehler Tag für Tag und ruft der französischen Regierung in jedem Leitartikel zu, daß für Frankreich die allergrößten Anstrengungen notwendig sind, um sein Ziel in der Reparationsfrage und in der Frage des Stahltrusts wirklich zu erreichen. Dies Organ der französischen Schwerindustrie drängt auf wirtschaftliche Maßnahmen aller Art, vor allem auf die Einsetzung eines industriellen Generalstabes zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die den französischen Operateuren entgegenstehen.

Mit diesen Schwierigkeiten kalkuliert Stinnes. Er rechnet damit, daß Monate vergehen werden, ehe Frankreich greifbare Erfolge haben wird. Diese Schwächen Frankreichs sind folgende:

1. **Die französische Eisenindustrie kann nicht ohne deutsche Kokszufuhren arbeiten.** Belgien kommt für Kokslieferungen nicht in Frage, England nur für unzureichende Mengen.

2. **Die französische Industrie** — nicht nur die Eisenerzgruben, sondern auch die Textilindustrie, die Luxuswarenindustrie usw. — **hängen von Deutschland als ihrem Hauptabsatzmarkt ab.** Der innere Markt Frankreichs ist demgegenüber von geringerer Bedeutung.

3. **Die Franzosen müssen die Transportboykottage überwinden,** die ihnen von der deutschen Eisenbahnverwaltung gemacht wird.

4. **Die Aussichten, aus der Ruhrbesetzung in kurzer Zeit bare Münze herauszuschlagen** — und der französische Fiskus braucht Bargeld —, **sind vorläufig noch gering.**

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß Stinnes nicht ganz falsch gerechnet hat. Die meisten französischen Hochöfen mußten ausgeblasen werden. Die französische Textilindustrie und das französische Handelskapital sind höchst unzufrieden mit der augenblicklichen Situation, weil ihre Waren heute den deutschen Markt kaum erreichen können. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich und in dem von den Franzosen besetzten Gebiet wächst, der französische Frank ist stark gefallen, die einsetzende Teuerung hat Streikbewegungen verursacht, die den französischen Industriellen und dem französischen Staat sehr unangenehm sind. Trotz der größten Anstrengungen ist es den Franzosen nicht gelungen, das Transportwesen des Ruhrgebiets wieder zu organisieren.

Der „Manchester Guardian Commercial“, das Organ des englischen Textil- und Handelskapitals, malt die Aussichten der Franzosen in den schwärzesten Farben. Er weist darauf hin, daß die Deutschen von 1914 an zwei Jahre brauchten, um den ersten Schnellzug durch Belgien in das französische Gebiet zu leiten, es werde also für die Franzosen sehr lange Zeit in Anspruch nehmen, ehe es gelingt, Ruhrkoks und Ruhrkohle nach Französisch-Lothringen zu transportieren.

In finanzieller Hinsicht bringen die im besetzten Gebiet auferlegten Kontributionen nur einen Bruchteil der Summen ein, die die ganze Aktion kostet und zu der die von der französischen Kammer geforderten 155 Millionen Frank die Einleitung bilden.

Stinnes droht sogar, gegen die französische Hauptposition, die Besatzungsarmee des Ruhrgebiets, einen Schlag ausführen zu können. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. Februar wird verkündet, daß unter den französischen Besatzungstruppen durch die Bürgerlichen eine Propaganda gemacht werden soll zu dem Zweck, die französischen Soldaten gegen ihre Offiziere aufzuhetzen.

Ferner hat Stinnes dafür gesorgt, und zwar nicht erst von dem Tage der Ruhrbesetzung an, sondern schon Monate vorher, daß die deutsche Industrie mit Kohle, zum großen Teil aus England, und mit Eisenerzen für den Bedarf einiger weiterer Monate versehen ist. Er hat ferner mit Schweden einen Vertrag auf Lieferung von Eisenerzen abgeschlossen.

Schließlich hat Deutschland einen politisch sehr gewichtigen Schlag durch Maßnahmen getan, die dazu führen, die **Mark zu heben** und den **Frank zu senken:** die deutsche Regierung hat mit der amerikanischen abgemacht, daß die Entschädigungen an die während des Krieges enteigneten Deutschen nicht in Dollar, sondern in Papiermark ausgezahlt werden sollen, zweitens verpfändet die Reichsbank große Papiergeldmassen für eine Anleihe, die der amerikanische Finanzmann Harriman der deutschen Regierung gibt. Diese Anleihe wird in Franken ausgegeben (400 Millionen). Die Reichsbank ihrerseits benutzt das, um mit den so erhaltenen französischen Devisen sowie anderen Devisenbeständen, die sie überall auf den Markt wirft, den Frank zu senken und die Mark, da ja gleichzeitig **ungeheure Papiermarksummen verschwinden, zu heben.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230417-19/fragment/page=0001
DFG

Für Stinnes, der unter anderen Umständen immer an einer Verschlechterung der deutschen Valuta interessiert war, bedeutet in dieser Situation eine solche Entwicklung eine ungeheure **politische und wirtschaftliche Stärkung.**

In anderer Hinsicht hat Stinnes es verstanden, aus der veränderten Lage ein **glänzendes Geschäft** herauszuschlagen. Er hat sich — ebenso wie übrigens in Frankreich Schneider-Creusot — auf den Kohlenein- und -verkauf gelegt und heimst damit bei der wachsenden Kohlennot und den auch in England steigenden Kohlenpreisen große Gewinne ein. Stinnes hat also auch heute seine beherrschende Stellung über die übrige Industrie infolge der **Verfügung über die Kohle** nicht verlassen.

Es ist festzustellen, daß Stinnes wie Schneider-Creusot eine gleichwertige Strategen sind und daß das Faustpfand, das die Franzosen in ihrer Hand halten, das besetzte Ruhrbecken, den französischen Sieg noch nicht ohne weiteres garantiert. Der Ausgang des Kampfes hängt somit davon ab, was für Hilfe beide kämpfenden Parteien **von außen** her zu erwarten haben.

Die englisch-französische Einheitsfront

In der englischen Presse ist ein immer wachsendes Einschwenken in die Einheitsfront mit Poincare zu verzeichnen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt: „Die französisch-belgischen Verhandlungen in Paris haben im allgemeinen in London einen **günstigen Eindruck** gemacht. Der sehr energische Ton, der die beiden offiziellen Kommuniques des Quai d'Orsay kennzeichnet, ebenso wie die beiden Reden Poincares sind **vollkommen verständlich** mit einer **vernünftigen**, wenn auch tatkräftigen Politik gegen Deutschland. Die französische und belgische Regierung haben Deutschland von Neuem aufgefordert, den Alliierten billige Vorschläge zu unterbreiten. Auf dem gleichen Standpunkt stehe auch England. Paris und Brüssel sind entschlossen, sich nicht mit einfachen Versprechungen Deutschlands abspeisen zu lassen. Auch in diesem Punkte stimmt die öffentliche Meinung Englands mit der der übrigen Alliierten überein. Wenn schließlich Frankreich und Belgien von Neuem betonen, daß sie das Ruhrgebiet **nicht räumen** werden, außer wenn Deutschland entsprechende Zahlungen und Sicherheiten geleistet werden, so werden nur **wenige Engländer** diese Absicht nicht gutheißen. Höchstens kann man bedauern, daß Poincare und sein belgischer Kollege beschlossen haben, die Besprechung der Frage der **Sicherheiten** als nicht dringlich beiseite zu stellen."

*

Während Poincare in Dünkirchen in hochtönenden politischen Phrasen das Programm des machtgierigen französischen Imperialismus entwickelte, setzte der frühere Finanzminister **Marsal** in Lyon dasselbe Programm mit nüchternen wirtschaftlichen Argumenten aus einander. Im Rheinland sei eine **interalliierte Kontrolle** einzusetzen. Die Ansprüche Preußens an das Saargebiet müßten ein für allemal ein Ende haben. Durch **wirtschaftliche Abkommen** müsse das „industrielle Gleichgewicht der Kohle und Eisen erzeugenden Grenzgebiete Deutschlands" in bezug auf das Verhältnis zu Frankreich endgültig geregelt werden. Die Bedürfnisse der lothringischen, belgischen, luxemburgischen und saarländischen Werke müßten für dauernd gesichert werden. Andererseits müßten die westfälischen Werke erhalten sein, das lothringische Eisen und die **lothringischen Halbfabrikate zu verwenden.** Ein ähnliches Gleichgewicht müsse auch mit Bezug auf andere Produkte hergestellt werden, insbesondere für gewisse Nahrungsmittel, wie Zeigmaren, Getreide und pflanzliche Erzeugnisse, ferner für **Düngemittel**, Farbstoffe und Textilwaren."

Longuets Enthüllungen über den sozialdemokratischen Reparationsplan

Auf dem Umwege über **Neuyork** erfahren wir Näheres über den geheimgehaltenen sozialdemokratischen „Reparationsplan". Die soeben eingetroffene Nummer der großen bürgerlich-demokratischen Zeitung „World" vom 31. März bringt darüber einen langen eigenen Drahtbericht aus Paris, unterschrieben von Jean Longuet, der an der sozialdemokratischen Konferenz teilgenommen hat.

„Unser Plan", meldet **Longuet**, „der von dem großen deutschen Sozialisten **Hilferding** und von dem glänzenden jungen französischen Abgeordneten **Auriol** ausgearbeitet wurde, erlaubt den ganzen Entschädigungsbetrag innerhalb drei Jahren zu bezahlen. Die für diesen Zweck notwendige Anleihe soll von einem Finanzkonsortium gewährt werden. Der Plan erlaubt Frankreich in den Besitz der ihm zukommenden Reparationszahlungen zu gelangen, der von ihm bereits verausgabten 44 Milliarden Franken und der weiteren 50 Milliarden, die es braucht, während Belgien 10 oder 15 Milliarden bekommen würde."

„Wir haben beschlossen," führt **Longuet** fort, „durch alle möglichen Kanäle an unsere Regierungen heranzutreten, insbesondere an unseren engherzigen, widerspenstigen Nationalblock, um sie zu bewegen, den weisen weitherzigen Charakter unserer Auffassung richtig einzuschätzen.

Was die Haltung des Ministerpräsidenten **Poincare** anbetrifft, so müssen sie nicht vergessen, daß die belgische Regierung sich absolut dem extremen französischen Nationalismus widersetzt, und daß der Einfluß der belgischen Sozialisten auf den Ministerpräsidenten **Theunis** jeden Tag stärker wird."

Es entbehrt nicht einer Komik, diese vertrauliche Mitteilung über den wachsenden Einfluß Vanderveldes auf den ohnedies antinationalistischen Theunis am Tage nach der letzten französisch-belgischen Konferenz in Paris zu lesen, die der verstärkten Ruhrkrieg proklamiert hat.

Endlich berichtet Longuet, daß die sozialdemokratische Konferenz beschlossen hat, den von ihr bestätigten Hilferding-Auriol-Plan dem Präsidenten **Harding** „direkt, aber privat" zu übermitteln.

Also der Präsident **Harding** kennt bereits den vollen Wortlaut des sozialdemokratischen Reparationsplanes — nur der deutschen Arbeiterschaft, auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wird er vorenthalten.

Wieviel soll also, nach dem Hilferding-Auriol, gezahlt werden? Wer soll zahlen? Der deutsche Arbeiter oder die deutsche Bourgeoisie? Oder haben sich die Herren Hilferding-Auriol um diese Kleinigkeit nicht gekümmert? Und wie lange noch soll das Ruhrsaustrocknen in den bewaffneten Händen der Freunde des Herrn Vandervelde und der Freunde seiner Regierung bleiben?

Nochmals: **Heraus mit dem geheimgehaltenen sozialdemokratischen Reparationsplan!**

Der Krieg im Westen

Verschärfter Besatzungsdruck

WTB. **Münster**, 16. April.

In Haßlinghausen haben die Franzosen verschärfte Paßkontrolle eingeführt. In Oberhausen besetzten sie die Zeche Roland und den Bahnhof. In Recklinghausen wurde mehrere Schulen und Krankenbaracken für französische Truppen angefordert. In Buer und Bottrop werden in Ausführung der Verordnung des General Degoutte, daß alle **Kohlentransporte** mit französischem Passagierschein versehen sein müssen, von heute an alle Kohlenfuhrwerke angehalten und solche ohne Passierschein beschlagnahmt.

Die Besatzungsbehörden verlangen jetzt Bezahlung der Kohlensteuer und drohen mit gewaltsamer Eintreibung.

Horst-Emscher ist seit Freitag vergangener Woche infolge der Besetzung der Zeche Mattias Stinnes vollkommen ohne Licht.

Für die angeblich durch Deutsche erfolgte Ermordung des französischen Soldaten Schmidt war der Stadt Essen eine Geldbuße von 105 Millionen Mark auferlegt worden. Für die Zahlung dieser Summe haben die Franzosen gestern nachmittag einen unbegrenzten Zahlungsaufschub gewährt, ohne die Gründe hierfür anzugeben.

Völlige Sperre des besetzten Gebiets

Frankfurt, 16. April

Heute wird eine **Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission** bekannt, die den bisher noch notdürftig mit Kraftwagen aufrechterhaltenen **Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland völlig unterbindet.** Die „französische Zollbehörde der besetzten Rheinlande" erläßt heute folgende Anordnung: „Auf Befehl der hohen interalliierten Rheinlandkommission treten ab 16. April 1923 nach Mitternacht folgende Bestimmungen in Kraft: „**Alle Kraftwagen, Motor- und Fahrräder**, für die nicht ein Begleitschein von dem französischen Zollamt in Wiesbaden ausgestellt ist, werden an den Zollsperren vom besetzten ins unbesetzte Gebiet **nicht durchgelassen.**"

Die Arbeitsgemeinschaftler kämpfen mit papiernen Resolutionen

Am 13. und 14. tagte in Bielefeld die Reichskonferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. In der angenommenen Resolution wird mit Abscheu der Ueberfall der französisch-belgischen Truppen verurteilt, die heilige Pflicht der Regierung zu Verhandlungen betont. Kein Wort vom Kampf im nationalen und internationalen Maßstab, dagegen lediglich im Schlepptau der Bourgeoisie und papierne Resolutionen.

Weitere Ausweisungen von Eisenbahnern

In **Wiesbaden** wurden am 14. April 200, in **Höchst** a. M. 98, in **Flörsheim** 16 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen und in Güterzügen abtransportiert. Eisenbahner der Frankfurter Verteilungswerkstätten beteiligten sich in großer Zahl am Verladen der Möbel der Ausgewiesenen, um diesen ihren Hausrat zu retten. In Gondelsheim, Wolfskehlen, Dornheim, Großgerau und Kleingerau sind ebenfalls zahlreiche Eisenbahner ausgewiesen worden, deren Familien innerhalb vier Tagen folgen müssen.

Neue Zechenbesetzungen

Am 15. und 16. April besetzten französisch-belgische Truppen die Schachtanlage **Nordstern**, Vereinigte Welheim, In Raurel auf Zeche Viktor und den Zechen **Ickern**, die alten Rütgerswerke und die Werke der Gesellschaft für Teerverwertung, ferner die Schachtanlage Bonifazius der Gelsenkirchener Bergwerke A.-G. in Kray. Die Belegschaft der letzteren wird nicht mehr einfahren.

Die Große Koalition in Thüringen auf dem Marsche

Aus bester Quelle wird unserem Jenaer Parteiblatt mitgeteilt:

Zwischen den leitenden Männern der Thüringer VSPD. und den Demokraten haben schon vor einiger Zeit geheime Verhandlungen begonnen, deren Ziel die **Bildung einer Koalitionsregierung in Thüringen** ist. Der bisherige Wirtschaftsminister **Frölich**, neben Hartmann und Leber die treibende Kraft bei dieser Regierungsumbildung und der Wortführer des rechten Flügels der Thüringer Sozialdemokratie, will die bisherige Präsidialabteilung als selbständiges Ministerium übernehmen. Als neuen Wirtschaftsminister hat man den deutschnationalen Vertrauensmann Frölichs, den Ministerialdirektor Rauch aus dem Wirtschaftsministerium ins Auge gefaßt. Das ist derselbe Professor Rauch, der seine Söhne von der republikanischen Schulfeier am 9. November 1922 demonstrativ ferngehalten hat, um seine monarchistische Ueberzeugung zu bekunden. Er ist in der kommenden Regierung der Vertrauensmann der Rechten und soll der Arbeiterschaft als „neutraler Fachminister" präsentiert werden. Den Demokraten ist das Volksbildungsministerium und ein Staatsratsposten angeboten worden. Der bisherige Volksbildungsminister Greil, dessen ehrlicher Wille zu einer fortschrittlichen Schulpolitik bei dem rechten Flügel der Sozialdemokraten schon dauernd auf den heftigsten Widerstand gestoßen ist, soll der Koalition geopfert werden. Allerdings ist der **linke Flügel** der VSPD. mit dieser Regelung **nicht einverstanden**; besonders leisten die früheren Unabhängigen aus Gera wegen der Beseitigung Greils noch Widerstand. Innerhalb der VSPD.-Fraktion und dem engeren Funktionärkörper der Partei, der in der letzten Woche wiederholt zusammengetreten ist, hat es über diese Fragen **heftige Auseinandersetzungen** gegeben. Die Verhandlungen werden ganz im Geheimen geführt. Die sozialdemokratische Presse hat darüber Schweigegebot auferlegt bekommen. Man will die sozialdemokratischen Arbeiter vor vollendete Tatsachen stellen.

*

Diese interessante Mitteilung bestätigt die Linie, die von der Thüringer Regierung in den letzten Wochen eingeschlagen worden ist.

Die Thüringer Arbeiterschaft steht vor der Frage: Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen oder Arbeiter-Regierung.

Die Thüringer Regierung hat in der letzten Zeit durch ihre Politik gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, eine ernsthafte Arbeiterpolitik zu treiben.

Sie hat in der Arbeitslosenfrage versagt und sich nicht gescheut, die Polizei gegen die Arbeitslosen einzusetzen, die schließlich in ihrer Verzweiflung in mehreren Orten Thüringens sich an den Besatzungsgeneral Degoutte gewandt haben.

Sie hat ein Spitzelsystem gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Thüringens eingeführt, sie hat trotz des Verbotes der Deutschvölkischen Freiheitspartei eine Reihe faszistischer Veranstaltungen geduldet und begünstigt. Sie hat den gemeinsamen Selbstschutz mit allen Mitteln zu stören versucht und sogar die Lang gegen den proletarischen Selbstschutz in Zella-Mehlis aufgeboten und hat damit ihr engstes Zusammenarbeiten mit Severing bewiesen.

Die neueste Meldung beweist aber, daß die Thüringer Regierung darüber hinaus aufs engste mit der Reichsregierung und der preußischen Regierung gegen die Gesamtarbeiterschaft in Mitteldeutschland ein Bündnis schließen will und deshalb die große Koalition in Thüringen anzubahnen versucht.

Gegen diese hinterlistigen Pläne muß die Gesamtarbeiterschaft sofort ihre gesamten Kräfte mobilisieren. Sie muß überall den Kampf gegen die Koalitionsregierung, für die Arbeiter-Regierung erkämpfen.

Für internationale Verbrüderung und Faszistenabwehr

(Eigener Bericht)

Hamburg, 16. April.

Eine Versammlung der **Hamburger Werftarbeiter**, in der Bericht von der Frankfurter Konferenz erstattet wurde und in der auch englische und russische Vertreter sprachen, nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie sich verpflichteten, innerhalb der gesamten Arbeiterklasse auf die Durchführung der Frankfurter Beschlüsse hinzuwirken. Die Versammlung begrüßte, daß das **sächsische Proletariat** in dieser Richtung politisch den ersten Schritt getan hat, um in gemeinsamer Front gegen das Bürgertum, gegen den Faszismus, gegen Schieber- und Wuchertum den Kampf aufzunehmen.

Auch die Hamburger Arbeiterschaft hat alle Ursache, sich mehr als bisher um ihre wirtschaftliche Lage zu kümmern. Die **Arbeitslosigkeit** greift immer mehr um sich. Die Löhne sollen herabgesetzt werden. Die Werftunternehmer sind die ersten in dem Kampf gegen die Arbeiterschaft.

Die Faszisten machen in der letzten Zeit Hamburg zum Tummelplatz ihrer Hetze gegen die Arbeiterschaft. In den Betrieben finden immer mehr faszistische Elemente Unterschlupf. Die hieraus entstehenden Gefahren erkennend, verpflichteten sich die Versammelten, sofort in den Betrieben Kommissionen einzusetzen, die die Bildung der Abwehrorganisationen gegen den Faszismus vornehmen. Die beiden Arbeiterparteien wurden ersucht, auf Grund der Mehrheit in der Bürgerschaft, d. h. im Hamburger Parlament, sich für die Bewaffnung der Hundertschaften einzusetzen und den Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

Um den wirtschaftlichen Kampf des Werft **proletariats** international zu verbinden, wählte die Versammlung eine fünfgliedrige Kommission sämtlicher Parteirichtungen, welche das internationale Aktionskomitee auffordert, eine internationale Konferenz der Werftarbeiter aller Länder einzuberufen.

Aus dem Hauptquartier der Faszisten

Aus **München** wird uns geschrieben:

Dr. Heim hat sich gegen einen rechtsradikalen Putsch ausgesprochen. Die „Bayrische Staatszeitung" (Organ der Regierung) erklärte, daß sie sich mit den Ausführungen Dr. Heims in keiner Weise identifiziere. Daraus geht hervor, **daß das offizielle Organ der bayrischen Regierung die Putschpläne der Hitlerbanden billigt** (siehe „Frankfurter Zeitung", 13. April, 2. Morgenblatt). Bei allen öffentlichen militärischen Paraden und Uebungen beteiligten sich die partikularistischen, bajuvarischen Stoßtruppen in separaten Verbänden an den Veranstaltungen, trotz des Zeitungskrieges Heim-Ludendorff.

Infolge dieser Gegensätze haben die Deutschvölkischen beschlossen, für die nächste Zeit von demonstrativen Aufmärschen abzusehen und statt dessen eine neue Propaganda und Agitationsperiode einzuschalten. Die Militär- und Kriegervereine sollen noch gewonnen werden.

Alle national-aktiven Kreise gehören zum **Hitler-Ludendorff-Flügel**. Vor allem die militärisch organisierten Nationalsozialisten und anderen Verbände.

Hinzu kommt noch, daß der Faszismus in Bayern die **bayrische Reichswehr geschlossen hinter sich hat.** Er ist, soweit Stoßtrupps usw. bestehen, mit der Reichswehr in einem militärischen Verband organisiert. Das ist die augenblicklich wichtigste und gefährlichste Erscheinung der faszistischen Entwicklung in der nächsten Zeit.

Eine treffliche Illustration der Zusammenarbeit der Faszisten, der vaterländischen Verbände und der Reichswehr gibt die **Gefechtsübung** der Münchener Reichswehrbrigade und der vaterländischen Verbände unter dem Kommando des Proletarierschlächters **Oberst Epp**; abgehalten am 25. März im Forstenrieder Park.

Der amtliche bayrische Bericht stellt die Uebung als harmlos sportliche Veranstaltung dar. An dieser Gefechtsübung nahmen 5000 Mitglieder der vaterländischen Verbände teil. Außerdem beteiligte sich die Münchener Reichswehr daran. Das **Kommando über Reichswehr und vaterländische Verbände** führte Oberst Epp. Bereits am 20. März wurden an die vaterländischen Verbände, so an Treu-Oberland, Uniformen und anderes Ausrüstungsmaterial aus den Kasernen verteilt, das Kriegsmaterial verblieb im Besitz der Leute.

Die Uebung selbst stand unter der Parole: „Die Franzosen marschieren ein. Guerillakrieg gegen die Franzosen!"

Während der Uebung wurde der Forstenrieder Park abgesperrt und ein Stabsquartier im Eberhause eingerichtet. Festgestellt ist sodann, daß am 23. März Hitlerleute und die Vereinigung „Bayern und Reich" in der Infanteriekaserne eine Versammlung abgehalten haben! Die Roßbachleute versammelten sich am selben Tage in der Pionierkaserne. Systematisch werden in den bayrischen Kasernen Stoßtrupps ausgebildet. Die nationalsozialistischen Hundertschaften werden **von Reichswehroffizieren an leichten M.-G. ausgebildet.** Dies geschieht nicht nur in München, sondern in ganz Bayern.

Aus alledem geht hervor, daß die Reichswehr mit ihrer Führung vollkommen faszistisch ist, und daß sie den Hitler-Ludendorff-Flügel der Konterrevolution aktiv unterstützt. Der Adjutant Ludendorffs, der Hauptmann Grolmann, hält dauernd Besprechungen mit den Nationalsozialisten ab. Am 4. April in einer Sitzung des Grolmann mit einem Vertreter der Nationalsozialisten (Max Weber), dem Registrator Ding von der Landespolizei und Vertretern von „Bayern und Reich", sowie der bayrischen Einwohnerwehr hat man das **Aktionsprogramm** für die nächste Zeit festgelegt. Besonders eingehend wurde die neue Gruppierung der faszistischen Kräfte und Sammlung aller vaterländischen Verbände unter eine zentrale Leitung besprochen.

Außerdem unterhalten die Ludendorff-Leute eine enge Verbindung mit dem **russischen Konterrevolutionären.** Vor allem auch mit dem russischen Oberst Karwelin, der unter Petljura, Judenitsch, Awalow und Wrangel eine Rolle spielte. Diese ganze Gesellschaft verkehrt im „Hotel Continental", wo auch der **französische Gesandte** Dard ein und aus geht. Karwelin und seine Leute leben von dem Erlös, der während des Feldzuges in der Krim geraubten Juwelen. Bemerkenswert ist, daß beim Osterfest dieser Gesellschaft der Ludendorff-Hauptmann Grolmann als Gast anwesend war. Nachts herrscht immer ein reger Kurierdienst in diesem Hotel. Drei bis vier Offiziere befinden sich stets in der Halle des Hotels.

Die Nationalsozialisten planen die Einrichtung einer Abteilung von Motorrädern mit Beiwagen, die mit leichten M.-G. ausgerüstet werden. Die Motorräder sind bereits in Sachsen bestellt. Sie sollen bei Strafexpeditionen usw. Verwendung finden. Man trägt sich weiter mit dem Gedanken, Panzerautos anzukaufen.

Am 24. März dirigierte der Bund Oberland 40 bis 50 Mann nach — Sachsen. Weitere Entsendungen sind für die nächste Zeit vorbereitet.

Aufgabe dieser Leute soll es sein, die Organisierung der faszistischen Stoßtrupps in Sachsen durchzuführen.

Ein Kontrollausschuß deckt eine Riesenschiebung auf

(Eigene Drahtmeldung)

Lenney, 16. April.

Eine Riesenschiebung der städtischen Behörde in **Lenney** deckte der Kontrollausschuß auf. Die Stadtgemeinde Lenney hatte aus der Ruhrhilfe eine Anzahl Waggon Kartoffeln zur unentgeltlichen Verteilung bekommen. Von diesen Kartoffeln brachten sie einen Teil ohne Entgelt zur Verteilung an die Notsarmen, die pro Kopf ein bis zwei Zentner erhielten. Der andere Teil, 5 Waggons, wurde nicht unentgeltlich verteilt. Diese Kartoffeln wurden mit 1000 Mk. pro Zentner an die Bevölkerung abgeliefert. Die Stadtgemeinde hat zugegeben, daß sie die Kartoffeln unrechtmäßig gegen Geld abgegeben hat, weil sie ein schon lange zurückliegendes Defizit decken wollte. Dieses betrügerische Verhalten der Stadtgemeinde Lenney wird wahrscheinlich bei Verteilung der Ruhrhilfe häufig nachgeahmt werden, nur daß man die Schieber und Betrüger nicht immer erwischt. Die proletarischen Kontrollausschüsse müssen verstärkt darauf hinwirken, daß derartige Machenschaften an Schiebertum und Wucher auf Kosten der arbeitenden Schichten unmöglich gemacht werden.

Kontrollausschüsse, überall ans Werk!

Berichtigung! In der Drahtmeldung, die dem gestrigen Leitartikel vorangesetzt war, ist durch ein technisches Versehen „Reichszeitung" statt „Kreuzzeitung" gesetzt worden.

Gemeinsamer proletarischer Selbstschutz. In Saalfeld haben die beiden Arbeiterparteien — KPD. und SPD. — die Bildung eines gemeinsamen Selbstschutzes gegen faszistische Gefahr beschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230417-19/fragment/page=0002

Volksabstimmung findet nicht statt

Von gutinformierter Seite wird uns mitgeteilt:

„Die vom 18. April bis 1. Mai auf Grund des Siedlungsantrages des „Reichsbundes für Siedlung und Pachtung“ festgelegte Volksabstimmung findet nicht statt. Der Einwand des badischen Ministers des Innern gegen die Bezeichnung „Morgen“, die nicht im ganzen Reiche eine gleich große Fläche bezeichnet, hätte nicht nur die Möglichkeit zu mißverständlicher Auslegung des Antrages gegeben, sondern zur direkten Sabotierung der Durchführung des Siedlungsantrages. Da letzteres höchst wahrscheinlich gewesen wäre, zumal die Reichsregierung heute schon ganz offen ihre Sabotageabsicht zeigt, hat der Reichssiedlungsbund es vorgezogen, die Abstimmung jetzt nicht stattfinden zu lassen. Mit einigen kleinen Aenderungen wird der Siedlungsantrag einem neuen Eintragungsverfahren und dann späterer Volksabstimmung zu Grunde gelegt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

Zunächst müssen die Siedler und Kleinbauern daraus erkennen, daß die bürgerliche Regierung, die die Unterstützung der Sozialdemokraten genießt, sich mit aller Macht gegen ihre Forderungen stemmt. Weg mit dieser Regierung im Reich und den einzelnen Ländern!

Die Durchsetzung der Forderungen der Siedler und Kleinbauern ist vor allem ein politischer Machtkampf. Die Bundesleitung des „Reichsbundes für Siedlung und Pachtung“ scheint sich dessen nicht bewußt zu sein, oder sie fürchtet die Konsequenzen. Die Abstimmung hätte unter allen Umständen stattfinden müssen. Den juristischen Spitzfindigkeiten der badischen Regierung und der Sabotage der Reichsregierung hätte der Massenwille entgegengestellt werden müssen, dann hätte sich das wahre Gesicht der „Demokratie“ gezeigt.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Regierung trotz des Massenwillens ihre Sabotage fortgesetzt hätte im Interesse der Junker und Großbauern. Vor der Konsequenz daraus: außerparlamentarischer Kampf des Kleinbauerntums, der Siedler an der Seite des revolutionären Industrieproletariats gegen die bürgerliche Regierung. Der Arbeiter und Kleinbauern, um die Erfassung der Sachwerte der Großgrundbesitzer und Industriekapitalisten, vor dieser Konsequenz schreckte der Bundesvorstand des Reichssiedlungsbundes zurück. Er spiegelt damit deutlich das Widerstreben der von ihm vertretenen kleinbürgerlichen Schicht gegen den revolutionären Klassenkampf, wohin die wirtschaftliche Entwicklung trotz alledem die kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Massen drängt.

Dies zu erkennen ist für uns Kommunisten von besonderer Wichtigkeit. Unsere Aufgabe ist desto mehr, an Hand der praktischen Erfahrungen, wie sie auch das Schicksal des Antrages des Reichssiedlungsbundes zeigt, die demokratischen Illusionen des Kleinbauerntums zu liquidieren, durch Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kleinbauern diese in die revolutionäre Kampffront des Proletariats einzureihen.

Das wirtschaftliche Interesse des Kleinbauerntums erfordert: Kampf an der Seite der Arbeiterschaft um die politische und wirtschaftliche Macht. Schließt die revolutionäre Einheitsfront.

H. Rau.

Von der preußischen Schulreaktion

(Eigener Bericht)

Berlin, 16. April.

Die Beratung jedes einzelnen Kapitels des Etats für das Kultusministerium im Hauptausschuß des Preußischen Landtages zeigte neue Seiten des festen Blockes der preußischen Schulreaktion. Bei der Besprechung des Etats der geistlichen Verwaltung stellte sich heraus, daß die Geistlichen neben den im ordentlichen Etat eingesetzten Riesensummen im vorigen Jahre bereits 18 Milliarden Mark an Vorschüssen erhalten hatten. Die SPD. stimmte dafür.

Beim Volksschuletat sprach Genosse Kilian über unsere grundsätzliche Haltung zur Frage der Lehrerbildung und der kollegialen Schulleitung, zeigte die Gefahren, denen die Volksschule durch die Politik des Ministeriums ausgesetzt ist. Genosse Scholem legte an zahlreichen Einzelfällen dar, wie linksgerichtete Lehrer vom Ministerium behandelt werden, schilderte den bereits viele Jahre andauernden Schulskandal in Mönchswinkel bei Berlin, wo ein notorischer Trinker als Lehrer in der Dorfschule angestellt ist. Alle Bemühungen beim Ministerium, den Mann zu beseitigen, blieben erfolglos, da er ein Reaktionär ist und sich deswegen höchsten Schutzes erfreut

Beim Etat der höheren Schulen brüstete sich der Minister mit den Reformen, die er durchgeführt habe. Tatsächlich besteht jetzt eine mannigfaltige Auswahl von höheren Schultypen, die den verschiedenen Begabungen der Kinder besitzender Klassen gerecht werden.

Genosse Scholem bewies, daß die höheren Schulen heute die Brutstätten des Faszismus sind. Von den Deutschnationalen wurde bei diesem Kapitel eine besondere Hetze gegen kommunistische und sozialistische Beamte und Lehrer betrieben.

Völlig fruchtlos war die Debatte über die Hochschulen. Zwar wurde viel von Hochschulreform geredet, aber nichts getan, um neuen Geist in die Mumienkammer der Fakultäten hineinzubringen. In Marburg ist ein Professor Jung, Mitglied der juristischen Fakultät; obwohl dieser Herr in einer öffentlichen Zeitschrift die schmutzigsten Gemeinheiten über führende Persönlichkeiten der Republik veröffentlicht hat.

Die kommunistische Fraktion wird bei der demnächst im Plenum des Preußischen Landtags stattfindenden Beratung des Kultusetats die preußische Schulreaktion mit reichhaltigem Material an den Pranger stellen, da die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiet vollkommen versagt, sind die Kommunisten in Preußen heute die einzigen Wortführer der Arbeiterschaft gegen die Kulturreaktion

---

Weitere Faszistenmobilisationen in Sachsen. Der Bürgerrat in Dresden hat dem sächsischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß in Dresden ein bürgerlicher Ordnungsdienst gebildet wird. Der Ordnungsdienst wird wie der sozialdemokratische Ordnungsdienst in Leipzig eingerichtet, um Gewalttätigkeiten zu verhüten und unmöglich zu machen. Die Bourgeoisie provoziert den Bürgerkrieg.

Die Herrschaften irren, wenn sie glauben, durch ihre Kompagnien die Arbeiter von dem einmal betretenen Wege abzuschrecken. Die Arbeiter Sachsens werden mit der aktiven Unterstützung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands sich das Faszistengesindel vom Halse halten.

Die Solidarität der Hamburger Hafenarbeiter In einer Versammlung der erwerbslosen Hafenarbeiter einer Hamburger Stempelstelle wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die nächste Sendung russischen Getreides für die kämpfenden Ruhrarbeiter kostenlos aus dem Dampfer herauszuladen. Wir begrüßen diesen Beschluß als einen Akt proletarischer Solidarität.

Ausland

Genosse Höllein in den Klauen der Poincaré-Justiz

Paris, 15. April.

Poincaré erklärte auf eine Anfrage, Genosse Höllein sei wegen Gefährdung der inneren Sicherheit des französischen Staates mit Vorbedacht festgenommen worden. Aus diesem Grunde müsse gegen ihn ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden, wobei weder der Umstand, daß er Ausländer sei, noch seine Eigenschaft als deutscher Reichstagsabgeordneter irgendwie in Betracht genommen werden könne.

Genosse Höllein wird daher die Ehre haben, zusammen mit den eingekerkerten französischen Genossen vor dem französischen Klassengericht zu erscheinen, um auch dort die Solidarität der deutschen und französischen Revolutionäre zu dokumentieren.

Textilarbeiterstreik in Lille. Wie „Temps“ aus Lille meldet, traten gestern von 12 500 Spinnern 7000 und von 2750 Webern 1900 in den Streik.

Die Mansfelder Gewerkschaftsbewegung durch die VSPD. zersplittert

Die VSPD. als Betrüger entlarvt — Die Amsterdamer gründen einen neuen Ortsausschuß

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben gemeinsam mit Cuno und dem Unternehmertum erneut am 11. April ihren Pakt geschlossen. Um die „Markstabilisierung“, die für die Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit, neue Lasten bringt und für die Unternehmer ein glänzendes Geschäft ist, nicht zu gefährden, muß „Ruhe und Ordnung“ in den Reihen der Gewerkschaften herrschen, muß die Arbeiterschaft kampfunfähig gemacht werden. Sozialdemokratische Minister schicken Sipo nach Suhl und Zella-Mehlis, Cuno droht Sachsen mit der Reichsexekutive und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zerschlagen die Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhange ist das gemeingefährliche Vorgehen der Sozialdemokraten in der mitteldeutschen Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. Der Bezirk Halle-Merseburg hat eine kampferprobte Arbeiterschaft und ist Nachbarland vom Freistaat Sachsen, das eine Arbeiter-Regierung hat. Wenn man weiter noch Berlin in den Kreis der Betrachtung ziehen will mit seiner revolutionären Arbeiterbewegung, dann wird es klar, warum die SPD. diese Spaltung in Mansfeld betreibt. Daß die VSPD.-Leute zur Erreichung ihres Zieles selbst vor den gemeinsten Betrügereien nicht zurückschrecken, gehört ja zu den alltäglichen Kampfeswaffen dieser Leute.

*

In der vorigen Kartellsitzung wurde festgestellt, daß die Buchbinder und Fleischer 1½ Jahre mit ihren Beiträgen im Rückstande wären und somit kein Stimmrecht hätten. Ob dieser Feststellung entstand auf der Seite der VSPD. ein Heidenlärm. Sie haben wissentlich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen sich Delegiertensitze angeeignet. Der Buchbinderverband ist dem Kartell mit 14 Mitgliedern gemeldet, die Beiträge waren 1½ Jahr nicht bezahlt. Der betreffende Kollege erklärt aber: Ja, die Zahlstelle besteht. Folgendes Dokument legt Zeugnis von der verwerflichen, hinterlistigen Handlungsweise dieser VSPD.-Leute ab:

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
Gau Thüringen — Sitz Weimar.

Weimar, 14. April 1923.

An das
Kreisgewerkschaftskartell Mansfeld, Sitz Eisleben
Eisleben.

Werte Gewerkschaftsgenossen!

Von einer Reise aus meinem Gau zurückgekommen, finde ich Euer Schreiben. In bezug auf die mir gestellten Fragen habe ich folgendes zu sagen:

Eine Zahlstelle in Eisleben besitzen wir nicht, haben auch noch keine gehabt. — Mein Vertrauensmann ist der Kollege Arthur Friedrich, Bahnhofstraße 43 II, wohnhaft. Nach dem, was ich weiß, sind es drei Buchbinder, die als Gehilfen dort beschäftigt sind, und die alle drei bei uns als Einzelmitglieder im Gau zahlen. Weibliche Mitglieder haben wir nicht. Ich hoffe Eure Fragen in dem von Euch gewünschten Sinne beantwortet zu haben, bin zu jeder Auskunft gern bereit und zeichne mit Gruß

W. Machner. (Stempel.)

Pfui Teufel, wird jeder anständig denkende Mensch ausrufen. Die Fleischer wollen angeblich eine Zahlstelle von drei Mann haben.

Auf Grund dieser Intriguen glaubten sich die Amsterdamer durchsetzen zu können. Nachdem durch das erste Abstimmungsergebnis den Amsterdamern eine Niederlage bereitet war, brüllt Bruno Böttge mit vor Zorn heiserer Stimme: „Wir verlassen die Sitzung.“ Dem alten Kollegen Christange war dieser „Scherz“ eines Böttge und Genossen doch etwas zu arg. Er schüttelte sein graues Haupt und rief: „Kinders, was macht Ihr für eine Dummheit?“

Das Kartell tagte weiter und erledigte die Tagesordnung. In dreistündiger Sitzung erledigte die Generalversammlung eine reichhaltige Tagesordnung. Beschlüsse weittragender Bedeutung wurden gefaßt. An der Mithilfe aller Kameraden und Kollegen liegt es, ob unsere Gewerkschaftsbewegung weiter unter den menschewistischen Kindereien leiden soll, oder ob wir uns in der für die Arbeiterschaft so ernsten und gefahrvollen Zeit zusammenfinden und wirklich praktische Arbeit zum Nutzen der revolutionären Arbeiterbewegung leisten.

Sitzungsbericht

Genosse Lademann macht einzelne geschäftliche Mitteilungen. Neu angemeldet haben sich die Landarbeiter, Ortsgruppe Helfta, und die Ortsgruppe der Bankangestellten Eisleben. Der Landarbeitersekretär Schulz hatte sich, obwohl er nicht Mitglied der Ortsverwaltung noch Ortsgruppe ist, ein Mandat vom DLV. Wimmelburg ergaunert, hatte aber unterlassen, die Zahlstelle beim Kartell anzumelden. Eine Mandatprüfungskommission sollte gewählt werden. Um endlich klare Bahn zu schaffen und die Kartellsitzung nicht zum Tummelplatz wüster Intrigen zu machen, brachte Genosse Fritz Müller einen Antrag ein, nach dem die Abstimmung nach der Stimmenzahl der Mitglieder erfolgen soll.

Kollege Böttge spricht gegen den Antrag. Bei der Wahl zur Mandatprüfungskommission ergibt die Abstimmung, an der sich alle beteiligen, für Lange (KPD.) 3584 Stimmen, die Gegenseite erhält 1852. Ob des Ergebnisses verlangt Böttge eine halbstündige Vertagung, die abgelehnt wird. Der Vorsitzende gibt sich redliche Mühe, die Ordnung herzustellen. Doch Böttge schreit: „Raus, wir verlassen die Sitzung!“ Einige der vernünftig Denkenden glauben die Wildgewordenen über ihr unentschuldbares Vorgehen aufklären zu können, vergebens. Langsam verläßt die Minderheit den Saal.

Nach dem Zwischenfall tagt die Mehrheit weiter. Als Kartellvorstand werden mit 3584 Stimmen gewählt die Genossen: Max Lademann, Metallarbeiter, 1. Vorsitzender; Hermann Lange, Bergarbeiter, 2. Vorsitzender; Otto Koch, Metallarbeiter, Kassierer; Heinrich Lehmann, Bergarbeiter, Schriftführer; Joseph Hoffmann, Fabrikarbeiter, Beisitzer; Paul Löchel, Zimmererverband, Beisitzer; Herm. Saalfeld, Bergarbeiter, Beisitzer; Karl Vater, Bauarbeiter, Revisor; Ernst Zeising, Dachdecker, Revisor.

Mit nur wenigen Aenderungen, unter Anpassung an das Musterstatut des ADGB., wird das Statut einstimmig angenommen. (Wir kommen auf das Statut bei gelegenerer Zeit zurück.)

Zu Punkt Maifeier wird folgende Entschließung angenommen:

Die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells Eisleben am 15. April 1923 schließt sich voll und ganz dem Aufruf des Bezirkskartells des ADGB. Halle vom 7. April d. J. an. Der Kartellvorstand wird beauftragt, sofort Fühlung zu nehmen zwecks Ausarbeitung der Richtlinien zur Maifeier. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre werden aufgefordert, sofort zum 1. Mai in den Betrieben Stellung zu nehmen. Kollegen, die Betriebe müssen am 1. Mai, dem Weltfeiertag des Proletariats, ruhen. Der 1. Mai muß ein Massenaufmarsch für die Forderungen der revolutionären Arbeiterschaft werden. Gewerkschaftsgenossen, an die Arbeit!

Die Volkshausfrage muß zurückgestellt werden, da der Referent, Kollege Bloßfeld, mit den Gewerkschaftsspaltern ausgezogen ist. Beitragserhöhung. Antrag. Den Berufsverbänden wird empfohlen, zu beschließen, den Kartellbeitrag auf 10 Mark pro Monat und Mitglied zu erhöhen. Die Beiträge sind monatlich abzuführen. Der Antrag findet einstimmige Annahme. Die Landarbeiter zahlen die Hälfte.

Genosse Lademann bringt folgenden Antrag ein:

Unter Anlehnung an die Beschlüsse der Bezirkskartellkonferenz des ADGB., Bezirk Halle-Merseburg, vom 11. März d. J., fordert die Generalversammlung des Kreisgewerkschaftskartells Mansfeld, Sitz Eisleben, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, der Gefahr des Faszismus, der konterrevolutionären Horden, durch die Bildung des proletarischen Selbstschutzes zu begegnen. Die Betriebsräte, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, ohne Unterschied der proletarischen Parteizugehörigkeit, sind verpflichtet, sofort in jedem einzelnen Betriebe zur Bildung von Abwehrhundertschaften aufzurufen. Die Hundertschaften und Abteilungen sind zentral im Kartellbereich zusammenzufassen. Der Kartellvorstand wird beauftragt, schnellstens nähere Richtlinien auszuarbeiten und die Betriebsfunktionäre eingehend zu unterrichten. Alle Schaffenden fordern wir auf, sich restlos für die Wahrung ihrer Rechte, und zuwenigst für die Sicherung ihrer derzeitigen armseligen Existenz, einzutreten. **Auf, zum Kampf gegen den Faszismus, gegen die kapitalistische Offensive, gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft!**

Genosse Müller schildert als Kreisausschußmitglied des Kreises Querfurt das Vorgehen des Stahlhelms in Roßbach. Selbst VSPD.-Abgeordnete erklärten in der letzten Sitzung: **Wir werden Hand in Hand mit Euch Kommunisten jetzt den Aufmarsch dieser Horden unmöglich machen.**

*

Die Böttge und Genossen gründeten indessen unter sich ein neues Kartell. Damit haben sie praktisch die Eisleber Gewerkschaften zu spalten versucht. Ein Teil der Delegierten der einzelnen Verbände ging zu den Reformisten, während der größte Teil bei dem rechtmäßigen Kartell verblieb. Die Eisleber Gewerkschaftsmitglieder werden zu dem Verhalten dieser Sorte von Gewerkschaftern, die in der ernstesten Zeit, in der die Arbeiterschaft je gestanden hat, die Gewerkschaften um ihres unbefriedigten Ehrgeizes halber spalten, Stellung nehmen und über sie ihr Urteil bilden.

Das Unternehmertum, die Direktion und die Aktionäre der Mansfeld A.-G. werden über das Vorgehen der Böttge, Strauß und Konsorten ihre helle Freude haben. Die Sozialdemokraten haben hier in aller Deutlichkeit bewiesen, daß sie Zuhälter des Unternehmertums sind, daß ihnen die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten über die Einheit der Arbeiterschaft, ja selbst über die Einheit der Gewerkschaften geht.

Wir sind überzeugt, die Eisleber Arbeiterschaft wird sich dieses Treiben nicht gefallen lassen, sie wird sich ihre so mühsam, im schweren Kampfe aufgebauten Gewerkschaften nicht von gewissenlosen Elementen zerschlagen lassen, sie wird alle Kräfte anspannen, um die einheitliche Kampffront gegen das Unternehmertum zu erhalten.

Aus der Partei

Die Mai-Zeitung der internationalen Arbeiter

Soeben ist die erste Mai-Zeitung 1923 erschienen. Die Partei hatte sich entschlossen, von ihrer eigenen Mai-Zeitung abzusehen und gab gemeinsam mit der JAH. „Sichel und Hammer“ als Mai-Zeitung heraus. Diese Nummer ist technisch besonders gut ausgestattet und wird von allen Freunden von „Sichel und Hammer“ freudig begrüßt werden. Auch die steigende Auflageziffer von „Sichel und Hammer“ beweist, daß sich immer mehr und mehr Arbeiterkreise um ihre internationale Zeitschrift scharen. Die erste Seite zeigt den siegreichen Mai der russischen Arbeiter, siegende Proletarier, die über den Roten Platz in Moskau marschieren. Paul Frölich schreibt einen Aufsatz über die Entwicklung des 1. Mai von 1890 bis 1923. Valmar über die „Revolution und der Faszismus“, Karl Holtz illustrierte eine Novelle von Viktor Panin, in der sich die Kämpfe der Arbeiter am 1. Mai im zaristischen Rußland spiegeln. Max Barthel veröffentlicht ein neues Gedicht. Hanna schreibt über die „Internationale Hilfe für die russischen Kinder“. Ein anderer Aufsatz berichtet von der Internationalen Konferenz in Frankfurt a. M., G. G. L. Alexander schreibt über „Die Internationalität der Kultur“. Interessante Bilder vom Tage schließen die Nummer ab. Alle diese Aufsätze sind durch wertvolles und hochaktuelles Bildmaterial ergänzt. Gute Photos aus Italien: Zerstörte Volkshäuser, Arbeiterkammern und erschossene Proletarier zeugen von der „Kulturarbeit“ der Faszisten. Die Bilder zu dem Aufsatz von Paul Frölich zeigen die Entwicklung des Maigedankens vom friedlichen Idyll über den Klassenkampf bis zum triumphierenden Sieg in Rußland. Russische Kinder aus dem Kinderheim „Klara Zetkin“ veröffentlichen einige entzückende Zeichnungen. Andere, nicht weniger interessante Bilder erweitern und ergänzen die anderen Beiträge. Diese Mainummer muß überall gelesen werden. Nachbestellungen sind bis spätestens den 20. April an den Verlag der JAH., Berlin W, Unter den Linden 11, zu richten. Der Preis beträgt 300 Mk. Organisationen erhalten Rabatt.

Bezirk Württemberg: Im Monat Februar wurden über 400 neue Mitglieder aufgenommen. Während des letzten Vierteljahres wurden neun neue Ortsgruppen gebildet. Außerdem fanden statt: 300 öffentliche Versammlungen und 400 Mitgliederversammlungen. Für den Bezirkskampffonds wurden 1 280 000 Mk. gesammelt.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Sattler, Tapezierer und Portefeuiller!

Am 7. Juni soll in Offenbach a. M. Euer **Verbandstag** stattfinden. Er wird den zukünftigen Kurs in Eurer Gewerkschaft bestimmen. Not und Elend beherrscht die Arbeiterklasse, wütet auch unter Euch. Der Offensive des Kapitals muß die kampfbereite Einheitsfront der Arbeiterklasse entgegengestellt werden. Schafft Gewerkschaften, die bereit und imstande sind, diese Kämpfe zu führen, baut sie zu Kampforganisationen aus. Laßt die Industrieverbände bald eine Tatsache werden. Zwingt die Führung der Gewerkschaften zum vollständigen Bruch mit der Taktik der Zentralarbeitsgemeinschaft; erzwingt die wahre Demokratie der Mitglieder im Verband. Kein Mitglied darf wegen seiner politischen Anschauung aus dem Verband ausgeschlossen werden. Keine Vergewaltigung der Mitglieder, sondern volles Bestimmungsrecht. Führer, die den Willen der Verbandsmitgliedschaft nicht beachten, sind von ihren Posten zu entfernen.

Heraus, Verbandskollegen, entscheidet Euch!

Uebe jeder sein Stimmrecht aus! Schickt Delegierte auf den Verbandstag, die einen revolutionären Kurs des Verbandes mit Euch erkämpfen wollen.

Gebt Eure Stimme

im **17. Wahlkreis** (Zahlstellen Aschersleben, Allendorf, Bernburg, Bitterfeld, Cöthen, Dessau, Eisleben, Göttingen, Halle, Langensalza, Leinefelde, Mühlhausen, Nordhausen, Quedlinburg, Wernigerode und Zerbst)

dem Kollegen **Max Knitter, Halle;**

im **19. Wahlkreis** (Zahlstellen Altenburg, Apolda, Borna, Bad Kösen, Gera-Reuß, Geringswalde, Grimma, Jena, Meerane, Naumburg, Oschatz, Kochlitz, Pegau, Waldheim, Weimar, Weißenfels, Wurzen und Zeitz)

dem Kollegen **Walter Eppinghaus, Weimar.**

Alle Wahlergebnisse sind sofort nach getätigter Wahl an die Bezirksleitung Halle-Merseburg (Abt. Gewerkschaften) zu melden.

Erfolg der KPD. — Niederlage der VSPD.

Bei den Betriebsrätewahlen der größeren und mittleren Betriebe in Suhl schnitten die Kommunisten überall mit erheblichen Mehrheiten ab. Die Kommunisten erhielten 62 Sitze, die vereinigten Sozialisten 4, Syndikalisten 11, Unionisten 2, Parteilose 18.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230417-19/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Hörsings Karikatur auf den proletarischen Selbstschutz

Die proletarische Selbstschutzbewegung marschiert. Sie wird so unwiderstehlich, daß die VSPD.-Führer alles tun, um ihr schleunigst das Genick umzudrehen. An der Spitze dieser Gegenaktion steht, wie es sich gebührt, Hörsing, der sozialdemokratische Hüter der bürgerlichen Ordnung in der Provinz Sachsen. Er hat am Sonntag in Magdeburg eine Parade „sozialdemokratischer Ordnungsabteilungen von je 100 Mann" abgenommen. Aber diese scheinbare Anerkennung der Selbstschutzbewegung durch den sozialdemokratischen Oberpräsidenten dient nur dazu, die von der Notwendigkeit der Proletarischen Hundertschaften überzeugten sozialdemokratischen Arbeiter nach allen Regeln der Kunst einzuseifen.

Nach dem „Vorwärts" sind diese Abteilungen als „Republikanische Notwehr" in der Stärke von 15 Hundertschaften nach der Aufhebung des Verbotes des Stahlhelmbundes durch den Staatsgerichtshof von der VSPD. gegründet worden. „Um allen Mißdeutungen vorzubeugen", — schreibt der „Vorwärts" — „beschloß die Oberleitung noch während des Aufmarsches am Sonntag, den Oberpräsidenten zu bitten, der Kundgebung beizuwohnen." Unter Trommelwirbel wurde eine schwarzrotgelbe Fahne entrollt. Der Hundertschaftsführer und Hörsing hielten Reden. Jener erklärt offenherzig die „Republikanische Notwehr" für eine reine Parteieinrichtung der VSPD., vor allem auch gegen links:

„Die republikanische Notwehr ist ein Organ der sozialdemokratischen Partei, welche die Führerstellen kontrolliert und deren Anweisungen wir folgen. Die republikanische Notwehr maßt sich weder polizeiliche, noch militärische Befugnisse an, noch will sie solche in normalen Zeiten haben. Wir wollen eine Notwehr sein, die Republik und ihre Einrichtungen schützen, wenn die legale Regierung uns ruft. Wir sind alle unbewaffnet und wollen auch keine illegale Bewaffnung haben. Wir werden im Gegenteil alles tun, um geheime Waffenlager aufzuspüren, um diese den Behörden zu übergeben. Wir sind alle Sozialdemokraten, alte Soldaten und Frontkämpfer, militärische Exerzitien brauchen wir nicht, aber eisern ist unser Wille, unter der Fahne der Republik fest zusammenzuhalten, zu jeder Stunde bereitzustehen, dem Führer zu folgen und zu gehorchen. Ruft uns die Regierung, dann werden wir mit allen Mitteln Regierung und Republik verteidigen, mögen die Angreifer von rechts oder von links kommen, mögen sie Rechts- oder Linksbolschewisten sein.

Hörsing sichtlich zufrieden mit dieser loyalen Kundgebung, spricht den Dank der Regierung und der VSPD.-Instanzen aus:

„Ueber die mutige Tat Ihrer Partei, die ihre festesten und erprobtesten Männer als republikanische Notwehr der Regierung zur Verfügung stellt, werden sich gewiß alle Republikaner freuen. Ich werde nicht versäumen, dem Herrn Minister des Innern Mitteilung zu machen von dem, was ich hier gesehen und gehört habe."

Severing und Hörsing können sich in der Tat freuen. Dieser Selbstschutz unter ihrem Schutz ist eine Karikatur auf den Proletarischen Selbstschutz. Die proletarischen Hundertschaften sind keine Parteieinrichtungen zum Schutze schwankender, vom Mißtrauen der Arbeiterschaft bedrohter Arbeitsgemeinschafter und Burgfriedenshelden. Sie sind die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter in ihrer lebendigen Abwehr gegen den Faszismus. Das beginnen auch die Massen der VSPD. mehr und mehr zu erkennen. Und deshalb schließen sie sich, trotz aller verzweifelten Anstrengungen der Führer, mit den kommunistischen Genossen zu einheitlichen überparteilichen Abwehrorganisationen zusammen.

In dieser für sie kritischen Lage tun die Hörsing und Ko. das, was sie in ähnlichen Fällen stets getan haben: sie passen sich der Massenbewegung scheinbar an, um sie aufzufangen und ihr die Spitze abzubrechen. Das ist der Sinn der Hörsingparade vom Sonntag, den der Selbstschutzführer offenherzig verraten hat.

Schkeuditz. Achtung, Genossen und Genossinnen! Wir machen darauf aufmerksam, daß keine Maikarten gekauft werden dürfen, da die VSPD.-Leutchen glauben, die Kommunisten bei der Maifeier ausschalten zu können. Wir werden in der morgigen Nummer des „Klassenkampf" näher auf die Angelegenheit eingehen.

Brehna. Menschenunwürdige Zustände auf der Eisenbahn. Die Proletarier, die täglich mit der Eisenbahn zur Arbeitsstelle befördert werden, können ein Lied davon singen, wie viehmäßig ein solcher Transport vor sich geht. Wie oft sind im „Klassenkampf" schon diese menschenunwürdigen Zustände (Halle—Leuna) kritisiert worden. Die gleiche Kritik muß für die Strecke Halle—Bitterfeld geübt werden. Die Arbeiterzüge sind mit so wenig Wagen 4. Klasse versehen, daß sie den Ansprüchen absolut nicht Rechnung tragen. Die Verhältnisse sind doch so, daß täglich Hunderte nach Bitterfeld fahren und wegen Wagenmangels dann in den einzelnen Wagen wie Vieh zusammengepfercht werden. So ist es nicht selten der Fall, daß 40 bis 50 Menschen in ein Abteil gepreßt werden, in dem nur für 20 Menschen Platz ist. Von den Gefahren, die damit verbunden, nicht zu sprechen, stellt sich noch heraus, daß die übrigen Wagen anderer Klassen zum Teil leer rollen. Das sind Zustände, um die sich die Eisenbahndirektion einmal ernsthaft kümmern müßte, denn Arbeiter sind auch Menschen.

Roitzsch. Auf zur öffentlichen Versammlung! Zu der am Mittwoch, dem 18. April, abends ½8 Uhr, stattfindenden öffentlichen Versammlung muß die Arbeiterschaft vollzählig erscheinen. Genosse Menzel (Halle) spricht über das Thema: „Gegen Cuno und Poincaré". Die politische und wirtschaftliche Situation erfordert, daß jeder zu dieser Frage Stellung nimmt. Darum erscheint in Massen.

Bitterfeld. Eine Kartellsitzung findet morgen, Mittwoch, abend 7 Uhr im „Fürst Bismarck" statt. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht, 2. Stellungnahme zur Maifeier, 3. Verschiedenes. Alle Delegierten müssen erscheinen.

Gleßien. Agitation. Gute Fortschritte wurden am Sonntag bei der Agitation für den „Klassenkampf" sowie auch für die Partei gemacht. Ein klarer Beweis, daß noch viel Boden brach liegt, der beackert werden kann. Es muß ein Ansporn sein für alle Genossen, bei derartiger Arbeit sich mehr daran zu beteiligen, als es am Sonntag der Fall war.

Köthen. Eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ist auch hier in den letzten Wochen eingetreten. Mehrere Betriebe haben Kurzarbeit eingeführt, andere Entlassungen vorgenommen. Sogar an landwirtschaftlichen Arbeitern bestand Ueberzahl, ein Fall, der kaum jemals zu verzeichnen war. Im Metallgewerbe wird zum größten Teil verkürzt gearbeitet. Mit Notstandsarbeiten werden in Stadt und Kreis Köthen 164 Personen beschäftigt. Erwerbslosenunterstützung wurde im Monat März an 109 Arbeitslose 2 677 450 Mk. gezahlt. Noch schlechter wie für Männer sind die Arbeitsaussichten für Frauen und Mädchen.

Aus der Jugendbewegung

Bezirksausschußsitzung der Kommunistischen Jugend

Am Sonnabend und Sonntag tagte im „Volkspark" in Halle der erweiterte Bezirksausschuß der Kommunistischen Jugend. Zum 1. Punkt der reichhaltigen Tagesordnung: „Die politische Lage und die Taktik der KPD." führte Genosse Sachse etwa folgendes aus: Die Frage der Ruhrbesetzung ist in eine veränderte Phase eingetreten. Wenn man in der sogenannten Ruhrfrage von seiten der Entente bis jetzt zu keinen Verhandlungen bereit war, so können wir jetzt das Gegenteil feststellen. Die Franzosen wollen unter allen Umständen verhandeln. Um ihren imperialistischen Hunger zu stillen, müssen sie einen anderen Ausweg suchen. In den diplomatischen Kreisen Frankreichs trägt man den Gedanken an einen neuen Krieg ziemlich offen zur Schau. Man will jetzt den Ruhrkrieg liquidieren, um die Vorbereitungen für einen neuen Krieg zu treffen.

Die Kapitalisten versuchen natürlich, alle Lasten des Ruhrkrieges auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. In dieser Frage sind sich die französischen und deutschen Kapitalisten einig. Am deutlichsten zeigen das auch die Reisen Stinnes nach London und Rom. Damit aber das Proletariat nicht rebelliert, versucht die Bourgeoisie durch „Preisabbau" und „Valutastabilisierung" Illusionen zu erwecken. Die Aufgabe der KPD. ist es, diesen Schwindel aufzudecken, diese Illusionen mit aller Macht zu bekämpfen und den Arbeitern die wahren Absichten der Kapitalisten darzulegen.

Die Dollaranleihe hat in Deutschland ein großes Fiasko erlitten. Die Unkosten für die Propaganda waren größer als der Betrag, der eingekommen ist. Wir haben in der nächsten Zeit eine Kabinettskrise zu erwarten. Es ist zu erwarten, daß die Sozialdemokraten wiederum einige Ministersessel besetzen werden. Die Sozialdemokraten werden dann die Koalitionspolitik fortsetzen, und zwar mit der Stinnespartei. Die Kommunisten müssen dann noch einen viel schärferen Kampf gegen die Sozialdemokraten führen. Dieser Kampf muß dann geführt werden auf der Basis der Machtfrage. Eine andere Frage taucht vor uns auf, und zwar: Wie stellen wir Kommunisten uns zur sächsischen Arbeiter-Regierung? Wir dürfen die Frage der sächsischen Arbeiter-Regierung nicht unter dem Gesichtswinkel der sächsischen Arbeiterschaft, sondern unter dem des gesamten deutschen Proletariats betrachten. Wir müssen untersuchen, inwieweit die deutsche Arbeiterschaft die Parole Arbeiter-Regierung revolutionär auffaßt. Wir müssen hinein in die Massenorganisationen der Arbeiter, um die irregeleiteten Proletarier von den konterrevolutionären Führern zu trennen. Die Opposition innerhalb unserer Partei will die Massen jetzt schon unvorbereitet in den Kampf führen, während die Parteimehrheit sagt, daß wir erst die Massen aufklären und vor allem selbst zielklar sein müssen. Wir müssen die Massen so in den Kampf führen, daß sie voll und ganz hinter der Kommunistischen Partei stehen. Die Frage der Arbeiter-Regierung ist eng verbunden mit dem Bürgerkrieg. Der Kampf wird über die Arbeiter-Regierung hinaus eine Auseinandersetzung im Bürgerkrieg sein.

Die Betriebsarbeit ist für die KJ. jetzt die wichtigste Arbeit, um an die Massen der jugendlichen Arbeiter heranzukommen. Diese Frage ist sehr ernst zu nehmen und muß eine historische Aufgabe der Kommunistischen Jugend sein. Weiter müssen wir eine gesteigerte antimilitaristische Propaganda entwickeln. Zum Schluß bemerkte Genosse Sachse, daß, um vorwärts zu kommen, wir jede Situation richtig einschätzen und ausnützen müssen, wir dürfen jetzt nicht spintisieren, sondern müssen als Kommunisten zielklar und einig sein.

Die Diskussion über das Referat war sehr rege und zeigte das starke Interesse der Jugend zu den Fragen der Partei. Das Referat des Genossen Sache war der Höhepunkt der ganzen Sitzung.

Ueber Betriebsarbeit sprach dann der Genosse Schubotz. Er betonte besonders stark unsere Arbeit in den Fortbildungsschulen und zeigte den anwesenden Jugendgenossen die Wichtigkeit der Betriebszellen.

Auch diesem Referat schloß sich eine rege Aussprache an, in der festgestellt werden konnte, daß die Genossen im Bezirk sich endlich mit der Betriebszellentätigkeit praktisch befassen.

Ueber die Fortführung des antimilitaristischen Kampfes sprach Genosse Piech. Ueber Taktik und Zweck der antimilitaristischen Arbeit sei genug gesprochen worden. Wir müßten jetzt an die praktische Arbeit gehen. Nach einer längeren Aussprache, in der alle bisherigen Erfahrungen der einzelnen Ortsgruppen ausgetauscht wurden, sprach der Genosse Leibbrand über die Lage im Bezirk. Er betonte besonders die Notwendigkeit der Zentralisation und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dadurch eine noch erfolgreichere Arbeit geleistet werden kann. Nach einer kurzen Aussprache wurde unter „Verschiedenes" bekanntgegeben, daß in diesem Jahre kein Reichsjugendtag stattfinden, wohl aber Bezirksjugendtage, die Pfingsten veranstaltet werden sollen. Der Ort wird noch bekanntgegeben.

Zum Schluß wurde u. a. noch der streikenden Bauarbeiter gedacht und eine Sammlung veranstaltet, die eine Summe von 26 172 Mk. erbrachte.

Die stattgefundene Sitzung hat allen Teilnehmern aus dem Bezirk wertvolle Anregungen gegeben. Vor allem aber hat sie zur Klärung und Sammlung aller jugendlichen Arbeiter im Bezirk beigetragen.

Verantwortlich: Willi Eildermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 01, Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Graphische Industriegruppe. Sonnabend, 21. April, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" **Versammlung aller kommunistischen Beschäftigten d. graphischen Gewerbes.**

Transportarbeiterfraktion. Sämtliche komm. Transportarbeiter treffen sich Mittwoch, 18. April, abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv" zu einer **wicht. Sitzung.**

Betriebsräte und Betriebsfraktionen. Donnerstag, 19. April abds. 7½ Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": **wichtige Sitzung.** Es darf niemand fehlen.

Fraktion der Fabrikarbeiter. Sonnabend, 21. April, abds. 7 Uhr, in der „Prod.-Genossensch.": **wicht. Sitzung.**

Frauen der Distrikte 11, 12 und 13 a. Mittwoch, 18. April, abds. 7 Uhr, bei Thade, Berliner Str.: **Gruppenversammlungen.** Vortrag d. Gen. Krüger.

Halle-Saalkreis.

Dölau, Lettin, Lieskau, Pfützthal. Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr, in Dölau bei Dietschke: **Gemeinsame Funktionärsitzung.**

Kreis Bitterfeld.

Wolfen. Mittwoch, 18. April, abends 8 Uhr, im „Gasthof Wede": **Mitgliederversammlung.**

Roitzsch. Mittwoch, 19. April, abends 8 Uhr, in der „Tanne": **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Genosse Ferd. Menzel, Halle.

Kreis Delitzsch.

Lueis. Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr, im Gasth. Seidewitz: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Gustav Bormann, Halle.

Kreis Merseburg.

Kötzschau-Schladebach. Mittwoch, den 18. April, abends 8 Uhr, im Gasthof in Witzschersdorf: **Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen **sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.**

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt diese bei der Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Bis zum Konzert finden die Singstunden statt: Für Tenöre Mittwoch, abends 7 Uhr, für Bässe ½9 Uhr. Donnerstag, abds. 8 Uhr Gemeinsame Singstunde. Donnerstag, vor der Singstunde: Silberhochzeitsständchen. Singen Treffpkt. Reitkaserne, ½8 U.

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerstg., ab. 8 Uhr, i. „Volksp." **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20. Zahlabend: Freitag, v. ½8—10 Uhr. Jed. Dienstag, ab. 7½ Uhr, i. Gruppe Nord: Wittekindschule (Friedenstr.), Mitte: Heim, Laurentius- und Ecke Breitestraße, Süd: Torschule, Zim. 52. Kindergruppe. Dienstag, nachmitt. v. ½5-7 Uhr, Gr. Mitte: Laurentiusstraße, Gr. Süd: v. 5-7 Uhr, Torschule. Musikgruppe. Mittwoch, abends ½7 Uhr, i. Weidenplan 20: Besprechung zwecks Gründung. Jugendgruppe. Donnerstag, abds. 7-9 Uhr, im Heim Laurentius- u. Ecke Breitestraße. Achtung! Baumblüten-Wanderung nach Kloschwitz ist 14 Tage später.

1. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule Neue Promenade Uebungsstunde.

Proleţ. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder. Berg". Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, i. „Lüder. Berg": Kindergruppe. — ½8 Uhr i. „Lüder. Berg": Uebungs-Musikabteilung, u. um 8 Uhr d. Bühne daselbst. Donnerstag fallen sämtliche Uebungsstunden aus.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Mittwoch, 18. April, v. 8-9 Uhr, Damenübungsstunde. Donnerst., 19. April, von 7-8 Uhr: Schüler- und Männerübungsstunde.

Arb.-Samar.-Kol. Halle. Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jed. Dienstag, in d. Martinschul „Charlottenstr.", Zim. 13: **Uebungsstunde** u. ärztlicher Leitung.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15. Mittwoch, 18. April: Mitglieder-Versammlg. Stellungnahme z. Bundes-General-Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Nächste Versammlung: Dienstag, den 8. Mai.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Dienstag: Funktionär-Sitzung. Freitag, abds. von ½8 — 8 Uhr, im „Volksp.": Kassenstunde. — Von 8 U. an Mitgl.-Versammlung.

Durch Mitglied. eingeführte Gäste haben Zutritt.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. Sonntag, 22. April: Tour nach Langenbogen Abf.: 1 Uhr, v. Hettst. Bahnhof. Freitag, d. 27. April im „Volksp.": Versammlung. Anfg.: 7½ Uhr. Sonntag, d. 6. Mai Bezirksfahrt nach Freiburg. Abfahrt 6 Uhr, v. Riebeckplatz.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Jed. Dienstag, nachmittags 4 Uhr: Mandolinenstunde. Dienstag, 17. April, abends 7 Uhr, in d. „Prod.-Genossenschaft": Vorstandssitzung. — Der „Junge Genosse", Nr. 2 und 3, muß sofort abgerechnet werden. Mittwoch, 18. April, nachm. 4 Uhr, i. d. Gruppenlokal: Zusammenkft. Keiner darf fehlen. Jeden Donnerstag, nachm.: Handarbeitsstunde f. Mädchen. (Siehe heute unter Lokales.)

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von ½8—½10 Uhr. Heute, Dienstag, in den bekannt. Turnhallen: Turnen. Mitgliedsbücher i. unbedingt mitzubringen. Donnerstag, abds. 7 Uhr, im Heim: Funktionär-Versammlung.

Freitag, im „Volkspark": Oeffentliche Versammlung.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Cröllwitz. Vereinslok. Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Kinder-Mand.-Abt.: Jeden Donnerstag von 6—8 Uhr.

Seine Mitgliedschaft zur Produktiv-Genossenschaft kann jeder Genosse, mündlich wie schriftlich, in der Zeit von vormittags ½8 bis nachmittags ½5 Uhr, im Bureau Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14, anmelden. Ein voller Anteil beträgt 1000 Mark. **Zeichnet Anteile!**

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor A. Abramowitz** Schmeerstr. 14, I (Kein Laden.) 107

Denkt an die „Rote Hilfe".

Damentaschen la. Leder, billigst nur **Schmeerstr. 19,** Lederwaren-Spezial-Geschäft. 1361

Ehrenerklärung. Die Beleidigung, die ich gegen die Eheleute **Ernst Ziegler** in Ennewitz getan habe, nehme ich hierdurch zurück. *213 **Frau Anna Fehrmann, Ennewitz.**

Wir kaufen jeden Posten **Leinöl, Firnis,** garantiert rein. **Maaß & Co.,** Herrenstr. 11. 1359

Mädchen mit guten Zeugnissen, nicht zu jung, fürs Haus bei hohem Lohn, guter Verpfleg. u. Behandl. n. Leipzig sofort od. später gesucht. Zu melden nachm. von 2 Uhr an **Mitteldeutsche Textilgesellschaft, Gr. Ulrichstraße 12.** 1364

Galgenberg Fernruf 6595 unübertroffen in seiner **Färberei u. chem. Reinigung** Eigene Läden: Gr. Steinstraße 56 / Königstraße 25 / Leipziger Straße 60 / Geiststr. 36 / Steinweg 25 / Markt 13 Ludwig-Wucherer-Straße 7. 108

Stadt-Theater. Mittwoch abends 7½ Uhr: **Der Sonnenstürmer.** Donnerstag: **Othello.** 1362

Bücher-Verlosungen zur Maifeier in Serien mit je 100 Losen, das Los von **300 Mk.** an, stellt zusammen **Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** F 11

Reparaturen an **Uhren** sowie Gold- und Silber-Gegenständ. u. Schmucksachen übernimmt bei solid. Ausführg. z. norm. Preis **H. Lerner,** Uhren-Rep.-Werkstatt, Gr. Steinstr. 85. (Ggüb. Barfüßerstr.) 136

Seeben. Einer werten Einwohnerschaft von **Seeben und Umgebung** gebe ich bekannt, daß ich heute, am 17. April, meine **Rohprodukten-Handlung** eröffne. Zahle allerhöchste Tagespreise **Marie Schmidt, Seeben, Angerstr. 2.** 1360

Billig **Runkelrübensamen** Riesenflaschen Eckendorfer Riesenwalzen Elite-Saat sowie sämtliche andere Sämereien für Feld und Garten kaufen Sie wie bekannt in zuverlässigen, sortenechten Qualitäten bei **Max Landmann,** Sanitätsdrogerie **Ammendorf.** preiswert *215

Balda die Schokolade der Feinschmecker. Generalvertr.: Bachran & Co., G.m.b.H., Markt 6 gegenüber der „Börse". 109

Schöne Küche (7-teil.) 5 Kleiderschränke, 1 weißer Wäscheschrank, 1 Sofa, Runde und Stegtische, Nußb.-fourn. Bettstelle m. Matr., Flurgarderobe, N. Dipl.-Schreibtisch (Eiche), 1 Kommode, Ziertischchen, Etageren, Regale u. a. m. billig zu verkaufen **Gelegenheitskäufe, Bernburger Straße 22.** 1363

Sportliegewagen m. Verdeck z. verk. **Gr. Brunnenstr. 2a, I.**

Die Beleidigung gegen **Frauendorf** nehme ich zurück. *212 **Franz Plato.**

Familien-Nachrichten

Für die uns in so reichem Maße zu unserer **Silberhochzeit** dargebrachten Aufmerksamkeiten und Geschenke danken wir herzlichst. *214 **Franz Naue und Frau, Rockwitz.**

Plakate zur Maifeier.

Inschriften:

1. Gegen die Stinnesregierung. Für die 10 Punkte des ADGB.
2. Für das uneingeschränkte Streikrecht. Gegen das Antistreikgesetz.
3. Für die Erfassung der Sachwerte. Für die Bekämpfung d. Arbeitslosigkeit.
4. Wir schützen Sowjet-Rußland.
5. Für die geschloss. Aktion d. Proletariats. Gegen die kapitalistische Offensive.
6. Schützt den Achtstundentag.

Größe 45×62 cm. Preis nur 1000 Mk. Auf Pappe gezogen, einseitig, 4000 „ „ „ doppelseitig, 5000 „ Bei Bestellung bitten wir nur um Angabe der Plakatnummer.

Bez.-Zentralbuchhandlung Halle (Saale), Lerchenfeldstr. 14.

Fahrrad, fast neu, mit Freil., **zu verk. Schmiedstr. 34, I r.**

Ansichtspostkart. empf. Volksbuchhandlung.

Ausschneiden!

Genossinnen u. Genossen! Unterstützt bei allen Einkäufen nur die „Klassenkampf"-Inserenten. Gebt diese stille Antwort an der Geschäftskasse ab:

Ihre Firma inseriert im „Klassenkampf", wir decken unsere Einkäufe bei Ihnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230417-19/fragment/page=0004

Bauarbeiterstreik und Stadtparlament

Eine stürmische Sitzung — Der Polizeipräsident Runge läßt widerrechtlich das Rathaus besetzen, um „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde, nachdem Genosse Kutzschbauch als unbesoldeter Stadtrat eingeführt worden war, mit ziemlich erregten und teilweise stürmischen Debatten eingeleitet. Anlaß dazu gaben die Forderungen der streikenden Bauarbeiter und die der Arbeitslosen, die von der kommunistischen Fraktion zu dringlichen Anträgen mit sofortiger Beratung erhoben wurden, ferner der Antrag des Genossen Günther, eine Deputation der Streikenden und der Arbeitslosen im Sitzungssaale zu empfangen. Außerdem hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge, der sich immer mehr als ein sehr gefährlicher Feind der Arbeiterklasse entpuppt, die städtische Schwatzbude durch ein bewaffnetes Sipoaufgebot besetzen lassen. Die Arbeiterschaft muß sich vor diesem „ordnungsliebenden" und betätigungslustigen Herrn Runge in genügender Distanz halten. Herr Runge läßt jetzt keine Gelegenheit vorübergehen, den Arbeitern mit brutaler Offenheit die Absichten der deutschen Kapitalisten vorzudemonstrieren. Unsere Genossen führten einen sehr scharfen und temperamentvollen Kampf gegen den bürgerlichen Stadtverordnetenvorsteher, der von rechts und von links (von einigen Sozialdemokraten!!) unterstützt wurde, und verlangten, daß die Forderungen der Streikenden und Arbeitslosen anerkannt und die Polizeimannschaften zum Abzug gezwungen werden. Alle ihre Anträge wurden jedoch abgelehnt. Die Sitzung wurde zwar auf Antrag des Genossen Günther für eine halbe Stunde unterbrochen und die Deputationen von dem Vorsteher Keil und dem Schriftführer Müller (VSPD.) empfangen, doch das Ergebnis dieser Verhandlungen war gleich Null. Die Forderungen der Arbeitslosen wurden mit Zustimmung der Sozialdemokraten Dürrfeld und Müller dem Magistrat als Material überwiesen und die Forderungen der Streikenden wurden nur von unseren Genossen besprochen, während die Dringlichkeit abgelehnt wurde.

Die Tagesordnung wurde trotz der Reichhaltigkeit ziemlich schnell erledigt. Längere Debatten brachte nur die Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Pächter der Bergschenke und die Aenderung der Bedingungen für Gasabgabe. In der ersten Vorlage wurde vom Magistrat gefordert, daß der Pachtvertrag auf weitere sechs Jahre für eine jährliche Pachtsumme von 14 000 Mark verlängert wird. Gegen diese unerhörte Verschacherung städtischer Interessen durch den ganz unfähigen Stadtbaurat Dr. Fischer an einen Privatmann liefen unsere Genossen Sturm. Genosse Günther traf das richtige, als er diesen Vertrag als einen neuen städtischen Skandal bezeichnete. Die Argumente unserer Genossen waren so treffend, daß selbst den bürgerlichen Geschäftspolitikern diese Interessenpolitik zu weit ging und sie die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß verlangten. Bei der anderen Vorlage handelte es sich um einen Antrag, der schon einmal auf Grund der Einwände unserer Genossen in einer früheren Sitzung abgelehnt worden war. Der Magistrat will das Gas für gewerbliche Zwecke zu einem billigeren Preise liefern. Der Magistratsdezernent und auch die bürgerlichen Stadtverordneten ließen, um den Gegnern die Vorlage diesmal schmackhaft zu machen, auf einmal die kleinen Bäckermeister, die Plätterinnen usw. aufmarschieren, die auch in den Genuß eines Rabatts kommen sollten. Unsere Genossen blieben mit ihrem ablehnenden Antrage in der Minderheit, so daß die Vorlage angenommen wurde. Ein Antrag des Genossen Günther, die Festsetzung der Gas- und Elektrizitätspreise nicht mehr durch das Kuratorium, sondern durch die Stadtverordnetenversammlung festsetzen zu lassen, wurde mit einigen Stimmen der Demokraten angenommen.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag der kommunistischen Fraktion angenommen, der den Magistrat ersucht, die städtischen Beamten und Arbeiter zum 1. Mai in weitestem Maße zu beurlauben.

Der Verlauf der gestrigen Sitzung hat wieder einmal gezeigt, daß für die Arbeiterschaft auch bei der jetzigen Zusammensetzung mehr herausgeholt werden kann, wenn auch die Vertreter der VSPD. immer vollzählig erscheinen. Gestern aber fehlten während der ganzen Sitzung die Stadtverordneten Albrecht, Gräfe und Wünsche. Dadurch verlief auch die ganze Debatte über die Forderungen der Streikenden und Arbeitslosen ergebnislos.

*

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Genosse Kutzschbauch vom Oberbürgermeister Rive als unbesoldeter Stadtrat eingeführt. — Unter den Eingängen wird eine Eingabe der Streikleitung der streikenden Bauarbeiter bekanntgegeben, die folgende Forderungen enthält:

1. **Einsetzung des Magistrats und der städtischen Behörden für die Anerkennung des Schiedsspruches im Baugewerbe.**
2. **Beschaffung von billigen Lebensmitteln für die Streikenden und Arbeitslosen.**
3. **Beschaffung von Notstandsarbeiten.**
4. **Entziehung der Arbeiten, die von der Stadt den hallischen Bauherren übertragen sind und Uebernahme in städtische Regie.**

Außerdem wird noch eine Eingabe der Arbeitslosen verlesen, in der eine einmalige Unterstützung für Verheiratete in Höhe von 50 000 Mk. und für Unverheiratete in Höhe von 30 000 Mark verlangt wird. Die Arbeitslosen fordern ferner die Belieferung von Brennmaterial und Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen, die Anerkennung der Erwerbslosenvertretung und Einrichtung eines Bureaus im städtischen Arbeitsamt. Genosse Brömme beantragt, daß die beiden Eingaben als dringliche Anträge der kommunistischen Fraktion behandelt werden. Genosse Günther beantragt, daß eine Deputation der Streikenden von der Stadtverordnetenversammlung empfangen wird und daß die Versammlung zu den Forderungen und Wünschen der auf dem Markt Demonstrierenden sofort Stellung nimmt, damit das Ergebnis der Beratungen sofort bekanntgegeben werden kann. Er weist die Bemerkungen des Vorstehers zurück, der sich auf einen früher gefaßten Beschluß stützt, keine Deputation hier im Saale zu empfangen und betont, daß die Stadtverordnetenversammlung noch immer souverän sei und einen früher gefaßten Beschluß jederzeit aufheben könne. Es sei auch mit jenem Beschluß gar nicht beabsichtigt worden, daß in Zukunft überhaupt keine Deputation hier gehört werden solle. Der Bauarbeiterstreik sei gerade für die Stadt von großer Bedeutung, da alle dringenden Bauten, die von der Stadt privaten Unternehmern übertragen worden seien, nicht fortgeführt werden könnten. Die Stadtverordnetenversammlung müsse jetzt dazu Stellung nehmen und dafür sorgen, daß die Bauten sofort weitergeführt werden in eigener Regie. — Der Demokrat Minner lehnt die Dringlichkeit der Anträge ab und warnt, daß sich die Stadt in den partiellen Streik einmische. Er beantragt, daß die Forderungen der Arbeitslosen dem Magistrat als Material überwiesen werden. — Der Unabhängige Kürbs fordert, daß die Deputation der Streikenden gehört wird. Dagegen lehnen die Sozialdemokraten Müller und Dürrfeld den Empfang der Deputation ab. — Genosse Illgenstein weist darauf hin, daß alle Vorlagen, die für die Arbeitgeber von Interesse sein könnten, vorher von der Handels- und Handwerkerkammer begutachtet würden. Bei Vorlagen aber, die die Interessen der Arbeiter berühren, würden keine Gutachten eingeholt. Das werde aber anders, wenn sich die Arbeiterschaft die Arbeiterkammern erkämpft hat. Es wird dann über die einzelnen Anträge abgestimmt. Der Antrag, die Deputation vor der Stadtverordnetenversammlung sprechen zu lassen, wird abgelehnt. Dafür stimmen die Kommunisten, die beiden Unabhängigen und ein Sozialdemokrat. (Pfuirufe auf der Tribüne.) Der Antrag, die Arbeitslosenforderungen dem Magistrat als Material zu überweisen, wird mit 35 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten Müller und Dürrfeld stimmen mit den Bürgerlichen dafür. Genosse Günther beantragt hierauf, daß die Sitzung auf kurze Zeit ausgesetzt wird und der Vorsteher mit der Deputation verhandeln soll. Dieser Antrag wird angenommen. Die Sitzung wird hierauf unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vorsteher das Ergebnis der Verhandlungen mit der Deputation mit. Zu der ersten Forderung der Bauarbeiter erklärt er, daß wahrscheinlich der Schiedsspruch bei den morgen in Magdeburg stattfindenden Verhandlungen angenommen wird. Im übrigen aber stehe auch er auf dem Standpunkt, daß durch den Preisabbau (großes Gelächter bei den Kommunisten und auf der Tribüne) keine Lohnforderungen erfolgen dürfen. Bei der zweiten Forderung habe er seine Bedenken über die Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Lebensmitteln geäußert. Er sei aber der Ansicht, daß größere Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden müßten. Bei der Uebernahme der Arbeiten in eigene Regie habe der Stadtverordnete Müller (VSPD.) darauf hingewiesen, daß die Stadt vertraglich an die Unternehmer gebunden sei, so daß die Stadt jetzt gar nicht die Arbeiten, die sie privaten Unternehmern übergeben habe, übernehmen könne. Ueber die Forderungen der Arbeitslosen führte er aus, daß die Stadt nicht ohne weiteres Beihilfen auf die Arbeitslosenunterstützung bewilligen könne, da sonst das Reich seine Zuschüsse verweigern könne. Wenn Leipzig, Weißenfels und andere Städte einmalige Unterstützungen gewährt hätten, so müsse das nachgeprüft werden. Bei der Frage der Beschaffung von billigem Brennmaterial und Lebensmitteln wies er darauf hin, daß Kohlen usw. billiger geworden seien (großes Gelächter bei den Kommunisten und auf der Tribüne. Der Vorsteher droht, die Tribüne räumen zu lassen.) Der Vorsteher schlägt dann vor, einen Antrag anzunehmen, der etwa folgendermaßen lauten soll: „Die Stadtverordnetenversammlung spricht den Wunsch aus, daß der Streik im Baugewerbe so schnell wie möglich beendet werden möge und ersucht den Magistrat, umfangreiche Mittel zur Durchführung von Notstandsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen." Gegen diesen Antrag wendet sich Genosse Brömme. Er verlangt, daß der Magistrat beauftragt wird, das Hochbauamt anzuweisen, alle durch den Streik im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogenen städtischen Bauten sofort von der Stadt weiterzuführen. Er fordert, daß wenigstens die allerdringendsten Bauarbeiten weitergeführt werden. Für die Arbeitslosen könnten umfangreiche Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, so z. B. die Umwandlung des früheren Exerzierplatzes auf den Brandbergen in Ackerland usw. Zum Schluß stellte er fest, daß die Stadt durch das Hochbauamt den Streikenden in den Rücken falle und Streikbrecherarbeit durchführen lasse. Genosse Illgenstein fordert, daß der Antrag so formuliert wird, daß der Magistrat die Forderungen sowohl der streikenden Bauarbeiter wie auch die der Arbeitslosen zur Durchführung bringt. — Die Aussprache wird dann abgebrochen. Ueber die Forderungen der Bauarbeiter wird nicht abgestimmt, da die Dringlichkeit von den Bürgerlichen nicht anerkannt wird. Die Forderungen der Arbeitslosen werden dem Magistrat als Material überwiesen. — Genosse Günther stellt dann fest, daß

die Stadtverordnetenversammlung unter bewaffnetem Polizeischutz

tagt. Er habe soeben mit einem Offizier gesprochen, der erklärt habe, sie seien von dem Stadtverordnetenvorsteher angefordert worden, um Ruhe und Ordnung im Saale aufrecht zu erhalten. Er verlangt, daß die Sipo sofort entfernt wird, da der Vorsteher ihm selbst erklärt habe, daß er es ablehne, unter bewaffnetem Schutz zu tagen. Die Polizei habe kein Recht, hier einzudringen. — Der Vorsteher bestreitet, daß er die Sipo gerufen habe. Der Polizeipräsident habe diese Anordnungen getroffen, weil er Zwischenfälle mit den Streikenden und den Arbeitslosen befürchtet habe. Er habe jedenfalls keine Befugnis, gegen diese Anordnungen einzuschreiten. Die weitere Aussprache wird sehr erregt weitergeführt, so daß der größte Teil der Ausführungen am Pressetisch nicht verstanden wird.

Nunmehr tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein. Es werden zunächst eine Reihe von Ersatzwahlen vorgenommen, die nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen werden. — Bei der Vorlage über die Erhöhung der Bezüge für die Theaterangestellten wendet sich der katholische Hakenkreuz-Rektor Splett gegen die Mißwirtschaft, daß der Staat 75 v. H. Zuschüsse für den städtischen Theaterbetrieb leiste. Genosse Illgenstein weist darauf hin, daß die Arbeiter allein fast 90 Prozent aller Steuern aufbringen und sie dadurch dem Reiche erst die Möglichkeit geben, die Kultureinrichtungen zu schützen und zu fördern. — Die Hundesteuerordnung wird ohne Aussprache angenommen. Der Magistrat verlangt jetzt, daß die Hundesteuer in Goldmark gezahlt werden soll. — Bei der Vorlage über

Einrichtung von Kleinwohnungen

in der Lutherschule, im Peißnitzrestaurant, im Marthahaus, Sophienstraße, beantragt Genosse Illgenstein, daß alle Umbauerbeiten in eigener Regie durchgeführt werden. Diese Anträge wurden mit 30 gegen 30 Stimmen (von den Sozialdemokraten fehlten wieder drei Stadtverordnete; Albrecht, Gräfe und Wünsche), abgelehnt. — Ohne Aussprache wird die Vorlage über einen Teuerungszuschlag für Beamte und Angestellte und die für Aenderung der Dienstreisekosten angenommen. — In einer weiteren Vorlage fordert der Magistrat eine Verlängerung des Pachtvertrages, den die Stadt mit dem Pächter der Bergschenke abschließen will. Der Vertrag, der auf sechs Jahre erneuert werden soll, sieht eine Pachtsumme von sage und schreibe 14 000 Mark jährlich vor. Außerdem soll der Pächter verpflichtet sein, sämtliche Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten am Grundstück zu übernehmen. Genosse Illgenstein stellt fest, daß der Pachtpreis für das umfangreiche Gebäude etwa der Hundesteuer für einen Hund gleichkomme. Er schlägt vor, überhaupt keine Pachtsumme zu nehmen und sie dem Pächter zu schenken. Genosse Günther bezeichnet diesen Pachtvertrag als einen Skandal und betont, daß heute schon die kleinste Wohnung mehr wie 14 000 Mark jährlich koste. — Genosse Brömme führt aus, daß er auf Grund einer Mitteilung des hallischen Kontrollausschusses die Wohnungen in der Bergschenke besichtigt habe. Dabei habe er feststellen müssen, daß vier Dachkammern in allerprimitivster Weise zu Wohnungen umgebaut worden seien. Bisher hätten die Mieter 150 Mk. monatliche Miete bezahlen müssen, vom 1. April aber sollen sie 5000 Mk. bezahlen. Er fordert daß die Stadt, wenn sie aus den großen Gebäude nicht mehr wie 14 000 Mk. herausholen weiß, das Restaurant eingehen und Wohnungen bauen lassen soll. Der Unabhängige Kürbs wendet sich ebenfalls gegen den niedrigen Pachtpreis. — Es wird dann ein Antrag angenommen, die Vorlage noch einmal an den Ausschuß zurückzuverweisen. — Der Verpachtung von Kleingartenland auf dem ehemaligen Grunebergschen Grundstück am Tierahl wird zugestimmt. — Die Vorlage über Aenderung der Bedingungen für Gasabgabe bringt eine längere Aussprache. Die Stadtverordneten haben sich in einer früheren Sitzung bereits einmal mit der Vorlage beschäftigt und auf Antrag des Genossen Weber beschlossen, eine

Vergünstigung für großindustrielle Gasabnehmer

abzulehnen. Genosse Weber wendet sich wieder gegen die Vorlage und betont, daß es eine Ungerechtigkeit sei, wenn man die Unternehmer noch bevorzugen wolle. Wenn die Stadt eine Gruppe von Einwohnern bei der Gasabnahme berücksichtigen wolle so kämen in erster Linie die ganz armen Leute in Betracht. — Genosse Günther beantragt, den früher gefaßten Beschluß, daß das Kuratorium die Preise für Gas und Elektrizität festsetzt, wieder aufzuheben. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Linken und dreier Demokraten angenommen. (Hätten die drei Demokraten nicht für diesen Antrag gestimmt, so wäre er ebenfalls abgelehnt worden; denn vier Mann von der VSPD. hatten sich vor der Abstimmung gedrückt. Die Vorlage selbst wird angenommen. Dafür stimmen auch einige Sozialdemokraten. — Zum Schluß wird noch folgender Antrag von der kommunistischen Fraktion eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die städtischen Arbeiter und Beamten am 1. Mai 1923 im weitesten Maße zu beurlauben."

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag angenommen und die Sitzung nach 8 Uhr geschlossen.

Aufmarsch der streikenden Bauarbeiter und der Arbeitslosen

Montagsstimmung! Müde, abgespannt befinden sich die Proletarier auf dem Heimweg von der Arbeitsstelle. Den „Alten" sieht man's an, daß der „Sonntag" sie aus dem Gleichgewicht gebracht hat, wenn das Schaufen in der Tretmühle des täglichen Lebens einmal 24 Stunden ausgesetzt hat, gehts mit doppelter Abscheu wieder hinein ins Joch. Die „Jungen" schlendern im Halbtrab nach Hause. Das „Vergnügen" des „Sonntags" brachte auch sie aus dem täglichen Einerlei. Doch eins ist auf diesen Gesichtern zu lesen. Sie haben noch Arbeit und das tröstet sie, angesichts der Tausende mit dem Hungergespenst ringenden Klassengenossen. Da plötzlich ändert sich das Straßenbild. Berittene Schutzpolizei, doppelte Patrouillen beleben die Gassen. Erstaunt fragt der satte Bürger, was da wohl wieder „los" ist. Nicht umsonst sendet der von ihnen so verehrte Polizeipräsident Runge seine bewaffneten Truppen. „Demonstration der hungernden Massen."

Vor dem „gewählten" Stadtparlament wollen die Arbeiter ihre Forderungen kundtun und den bürgerlichen Geschäftspolitikern zeigen, daß es ihnen ernst ist mit ihrem Kampf. Eine Deputation der Streikenden und Arbeitslosen begibt sich zum Sitzungssaale, um dort die Forderungen vorzutragen. Die angstschlotternden Spießer lehnen es natürlich ab, die hungernden Proletarier in der geheiligten Halle des Stadthauses, Auge in Auge gegenüberzutreten. Dem Vorsteher bleibt es allein überlassen mit den Arbeitern zu verhandeln. Er verspricht alles, wie alle diejenigen, die nichts halten wollen. Das alte Spiel!

Und doch hat die Kundgebung eine Wirkung. Die Satten und Nichtstuer erfaßt das Grauen bei dem Gedanken, daß diese harten Fäuste wieder einmal die Gewehrschaft umklammern und der Herrlichkeit ihres Schmarotzerlebens ein Ende machen könnten. Wehe, wenn die Tage des heiligen Zorns wiederkehren.

Während oben verhandelt wurde, harrte die Menge in eiserner Selbstdisziplin vor dem Rathaus. Ein großes Aufgebot uniformierter Proletarier unter der Oberaufsicht wohlversorgter Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee umschwärmte die wartende Menge. In wirklich anerkennenswerter Weise hielten sich die Sipobeamten neutral. Ob nicht auch in ihrem Innern ein leises Brennen des Solidaritätsgefühls sich bemerkbar macht? Vielleicht haben den Auftraggeber „edlere" Motive veranlaßt, die Untergebenen auf die Straße zu befehligen. Wer kennt sich aus im Wirrgaal einer schwarzen Seele? Eben solch „edle" Motive mag auch die beseelt haben, die sich unter einzelne Gruppen der Demonstranten drängten und dort anarchosyndikalistische „Gedanken" vorzapften. Die Flugblätter, die „unter der Hand" in Umlauf gesetzt wurden von echt „Wassermannschen Gestalten" bestärkten die Ansicht von der „edlen" Absicht solcher Sinnesagenten. In musterzüglicher Ordnung, wie sie aufmarschiert waren, löste sich der Zug wieder auf. Sie wissen: Es gilt das Leben zu erkämpfen im Verein mit den noch in Arbeit stehenden Arbeitsbrüdern. **Drum Brüder, in eins nun die Hände!**

---

* **Kommunistische Kindergruppe.** Der wegen des schlechten Wetters am Sonntag ausgefallene Ausflug findet am kommenden Sonntag statt, und zwar zur Baumblüte nach dem Kloschwitzer Grund

* **Betriebsräte, Gewerkschaftsvorstände, Karteldelegierte.** Heute abend 7½ Uhr Versammlung im „Volkspark". Thema: „Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit". Zutritt haben nur Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ausweis und Verbandsbuch ist mitzubringen.

* **Ausgeschlafen?** Die deutschvölkische „Hallesche Zeitung" kommt erst in ihrer gestrigen Abendausgabe darauf, daß unsere Genossen in Berlin vom ersten Tage an für die verbotene „Rote Fahne" den hallischen „Klassenkampf" geliefert erhielten. Sie hetzt nunmehr die staatlichen Organe auf, gegen diese Umgehung einzuschreiten. Die „Hallesche Zeitung" aber hätte früher mit dieser Hetze beginnen müssen, vielleicht hätte sie dann noch etwas erreicht. Heute aber ist es zu spät, denn seit Sonntag erscheint die „Rote Fahne" wieder. Im übrigen erinnern wir die „Hallesche Zeitung" an die Zeit ihres Verbotes.

* **Ergebnis der Gewerbegerichtswahl.** Die am Sonntag stattgefundene Wahl zum Gewerbegericht brachte folgendes Ergebnis: Von der Liste der freien Gewerkschaften wurden 14 und von der christlichen Liste 1 Beisitzer gewählt.

* **„In eigener Sache".** Unter dieser Ueberschrift brachten wir gestern eine Zuschrift des Genossen Fritz Kroh. Durch ein technisches Versehen war die Unterschrift unter dem Artikel weggeblieben.

* **Quartiere gesucht.** In der Nacht vom Sonnabend, dem 21. zum Sonntag, dem 22. April, werden von der Partei eine größere Anzahl Nachtquartiere gebraucht. Genossen, die in der Lage sind, einen oder mehrere Genossen unterzubringen, wollen ihre Adressen im Ortsbureau, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4a, abgeben.

Sport

HFK. Minerva. Am 18. April, abends 8 Uhr, findet bei Stuker, Beesener Straße, eine außerordentliche Sitzung statt, in der die Mannschaftsaufstellung für die kommenden Spiele vorgenommen werden. Alle Minervasportgenossen müssen pünktlich erscheinen. — Spielergebnisse vom Sonntag: Auf dem Minervaplatz spielte Minerva 1. Fortluft 1. Resultat 2:1. Obwohl Minerva mit Ersatz spielte, konnte er sich als Sieger das Feld verlassen. Minerva 2. — Fichte-Halle 2. 1:1; Minerva 3. — Teche 2. Verbandsspiele: Minerva 1. Jgd. (mit Ersatz) — Viktoria 1. Jgd. 0:1; Minerva 1. Schüler spielte mit nur acht Mann gegen Teutonia 1. Schüler 1:2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230417-19/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

39] Von Charles de Coster

Dann hub er an zu singen:

Wenn der Meister Mond erscheint,
Die Frau See zu grüßen,
Dann kredenzt sie ihm
Einen Humpen Branntwein;
Wenn der Meister Mond erscheint.

Speist mit ihm zur Nacht,
Küßt ihn manchesmal,
Gibt nach gutem Schmaus
Ihm ihr Bett zum Lager;
Wenn der Meister Mond erscheint.

Also tu auch Du, mein Liebchen,
Leckern Schmaus und guten Branntwein,
Also tu auch Du, mein Liebchen,
Wenn der Meister Mond erscheint.

Um und um trinkend und einen Vers singend, schlief er ein. Und er konnte nicht hören, wie Nele sagte: „Sie sind in einem Topf hinter der Rückwand des Rauchfangs"; noch sah er, wie Ulenspiegel durch den Stall in Klasens Küche trat, die Platte von der Rückwand abhob, den Topf und die Karolus fand, in Kathelines Garten zurückkehrte und die Karolus neben der Brunnenmauer vergrub, wohl wissend, daß man sie drinen und nicht außerhalb suchen würde.

Dann gingen beide wieder zu Soetkin und fanden die schmerzensreiche Frau in Tränen. Sie sprach:

„Mein Mann, mein armer Mann!"

Nele und Ulenspiegel wachten bei ihr bis zum Morgen.

73

Am folgenden Tag rief die Sturmglocke die Richter mit lauten Schlägen zum Gericht der Vierschare.

Da sie sich auf den vier Bänken um die Gerichtslinde niedergesetzt, verhörten sie Klas abermals und fragten ihn, ob er seine Irrtümer aufgeben wollte.

Klas hob die Hand gen Himmel.

„Christus, mein Herr, blickt auf mich herab", sagte er. „Ich schaute in seine Sonne, als mein Sohn Ulenspiegel geboren ward. Wo ist er zur Stunde, der Landstreicher? Soetkin, mein sanftes Weib, wirst Du im Unglück tapfer sein?"

Dann sah er die Linde an und verfluchte sie.

„Sturm und Dürre! Laßt die Bäume auf unserer Väter Erde lieber alle zugrunde gehen, denn daß unter ihrem Schatten das freie Gewissen zum Tode verdammt wird. Wo bist Du, mein Sohn Ulenspiegel? Ich war hart gegen Dich. Ihr Herren, habt Mitleid mit mir und richtet mich, wie unser barmherziger Heiland es täte."

Alle, die ihn hörten, weinten, nur die Richter nicht.

Dann fragte er, ob es keine Begnadigung für ihn gäbe, und sprach:

„Ich habe immer gearbeitet und wenig verdient, ich war gut zu den Armen und freundlich gegen jedermann. Die römische Kirche habe ich verlassen, um dem Geist Gottes zu gehorchen, der zu mir sprach. Ich flehe um keine Gnade, denn daß die Feuerstrafe in lebenslängliche Verbannung aus Flandern verwandelt werde, welche Strafe wahrlich schon groß ist."

Alle Anwesenden schrien:

„Gnade, Ihr Herren! Erbarmen!"

Aber Jobst Griepenstüver rief nicht.

Der Amtmann winkte den Umstehenden, zu schweigen und sagte, daß die Edikte das ausdrückliche Verbot enthielten, für die Ketzer um Gnade zu bitten. So aber Klas seinen Irrtum abschwören wolle, solle er durch den Strang hingerichtet werden, anstatt durch das Feuer.

Und das Volk sprach:

„Ob Feuer oder Strang, es ist der Tod."

Und die Frauen weinten und die Männer murrten dumpf.

Darauf sprach Klas:

„Ich werde mitnichten abschwören. Tut mit meinem Leib, was Eurer Barmherzigkeit gefallen wird."

Der Dechant von Ronse, Titelman, schrie:

„Es ist unerträglich, zu sehen, wie solches Ketzergeschmeiß das Haupt vor seinen Richtern erhebt. Ihre Körper zu verbrennen ist eine Strafe von kurzer Dauer; man muß ihre Seelen retten und sie durch die Folter zwingen, ihre Irrtümer abzuschwören, auf daß sie dem Volk nicht das gefährliche Schauspiel von Ketzern geben, die eines unbußfertigen Todes sterben."

Bei solcher Rede weinten die Frauen noch mehr, und die Männer sagten:

„Nach einem Geständnis folgt Strafe, nicht Folter!"

Der Gerichtshof entschied, dieweil die Folter in den Verordnungen nicht vorgeschrieben, sei es nicht statthaft, sie Klas erleiden zu lassen. Abermals aufgefordert, zu widerrufen, antwortete er:

„Ich kann es nicht."

Kraft der Edikte ward er der Simonie für schuldig erklärt wegen Verkaufes von Ablaß, desgleichen der Ketzerei und Beherbergung von Ketzern und als solcher verurteilt, vor den Gitterfenstern des Rathauses lebendig verbrannt zu werden, bis der Tod einträte. Sein Körper sollte während zweier Tage am Pfahl bleiben, um zum Exempel zu dienen, und alsdann an der Stätte begraben werden, wo man die Körper der Hingerichteten verscharrt.

Der Gerichtshof bewilligte dem Ankläger Jobst Griepenstüver, des Name nicht genannt ward, fünfzig Gulden auf die ersten hundert Karolusgulden der Erbschaft und den zehnten Teil von dem übrigen.

Da Klas diesen Richterspruch vernommen, sprach er zum Aeltesten der Fischhändler:

„Du wirst eines elenden Todes sterben, Du schlechter Mensch, der für armselige Groschen aus einem glücklichen Eheweib eine Wittib und aus einem fröhlichen Sohn eine bekümmerte Waise macht."

Die Richter hatten Klas sprechen lassen, denn auch sie, ausgenommen Titelman, fühlten große Verachtung für die Angeberei des Obmanns der Fischergilde.

Dieser ward bleich vor Scham und Zorn.

Und Klas ward in sein Gefängnis zurückgeführt.

74

Am folgenden Tage, der Klasens Hinrichtung voranging, wußten Nele, Ulenspiegel und Soetkin das Urteil.

Sie baten die Richter um Einlaß ins Gefängnis, welches ihnen gewährt ward, aber nicht Nele.

Da sie hineingingen, sahen sie Klas mit einer langen Kette an die Mauer gefesselt. Ein kleines Holzfeuer brannte im Kamin wegen der Feuchtigkeit. Denn nach Recht und Gesetz ist es in Flandern befohlen, gegen die, so sterben sollen, milde zu sein und ihnen Brot, Fleisch oder Käse und Wein zu geben. Aber die habgierigen Kerkermeister handeln oft dem Gesetz zuwider, und ihrer sind viele, die den größten Teil und die besten Stücke von der Kost der armen Gefangenen essen.

Weinend umarmte Klas Ulenspiegel und Soetkin, aber seine Augen waren zuerst trocken, wie es ihm als Mann und Familienhaupt geziemte.

Soetkin weinte und Ulenspiegel sprach:

„Ich will diese abscheulichen Ketten zerbrechen."

Soetkin sagte unter Tränen:

„Ich werde zum König Philipp gehen, er wird Dich begnadigen."

Klas antwortete:

„Der König erbt die Habe der Märtyrer." Dann fügte er bei: „Weib und geliebter Sohn, ich gehe traurig und voller Harm aus dieser Welt. Wenn ich etwelche Furcht vor dem Leiden für meinen Körper habe, so bin ich auch recht betrübt, zu denken, daß Ihr, wenn ich nicht mehr bin, alle beide arm und elend sein werdet, denn der König wird Euch Eure Habe nehmen."

„Mit leiser Stimme antwortete Ulenspiegel:

„Nele hat gestern alles mit mir gerettet."

„Des bin ich froh", antwortete Klas, „der Angeber wird nicht über meinen Nachlaß lachen."

„Möge er vielmehr sterben", sprach Soetkin, das Auge voll Haß, ohne zu weinen.

Aber Klas sprach, der Karolus gedenkend: „Du warst schlau, Tyllken, mein Söhnchen. Dann wird meine Wittib Soetkin in ihren alten Tagen nicht Hunger leiden."

(Fortsetzung folgt.)

Die Bettprobe

Humoristische Skizze von Wilhelm Eulenberg jun.

Das Dörfchen H. ist sehr reizend auf einer bewaldeten Anhöhe gerade dem Kloster Y. gegenüber gelegen. Seine Einwohner, die ohne Ausnahme katholischer Konfession sind, nähren sich schlecht und recht von Ackerbau und Viehzucht. Des Sonntags und an den kirchlichen Feiertagen gehen sie stets gewissenhaft zur Kirche. Die Frauen und Mädchen voran, die Männer und Burschen hinterdrein. Von der Kirche aus geht es dann zum Mittagessen nach Hause, wonach die jungen Burschen für den Rest des Tages ins Wirtshaus gehen, während die Mädchen der Mutter im Haushalt und in der Wirtschaft zur Hand sind, um die auch an Sonn- und Festtagen nötige Arbeit zu leisten. Ist dann des Abends die Arbeit vollbracht, sitzen die Töchter sittsam neben der Mutter auf der Gartenbank und spähen auf die Straße hinaus, allwo die jungen Burschen, die nun das Wirtshaus verlassen haben, vor ihnen auf und ab promenieren.

Heimliche Blicke kreuzen sich dann hin und wieder und manch Herz pocht dabei etwas schneller unter dem Busen. Kommt dann die zehnte Abendstunde heran, erheben sich die Mütter von der Gartenbank und geben ihren Töchtern die Weisung, zu Bett zu gehen. Dann verschwinden die Gestalten der Mädchen eine nach der andern und die Gärten werden leer. Einsam promenieren die Burschen noch eine Weile die Dorfstraße auf und ab, bis von ihnen auch einer nach dem andern still verschwindet, um ebenso still an anderer Stelle, meist an den rückwärtigen Fronten der Häuser, wieder aufzutauchen. Allda pochen sie leise durch die Gitter hindurch an die Fenster, bis hinter denselben eine lichte Gestalt sichtbar und das Fenster aufgetan wird.

Ein heimliches Flüstern beginnt. Die Mädchen, in Mieder und Unterrock zumeist, gestatten ihrem Burschen dann auch wohl, daß er seine Arme durch das Gitter hindurchstreckt, um ihre, der Liebsten, lichte Gestalt näher an das Gitter heranzuziehen und ihr durch das Gitter hindurch einen Kuß zu rauben. Ist das geschehen, dann ist gewöhnlich das abendliche Intermezzo erschöpft und die Burschen verschwinden wieder ebenso leise wie sie gekommen, vom Fenster ihrer Liebsten, während dieselbe leise das Fenster wieder schließt und sich zu Bett begibt, um hier im weichen Federpfühl von ihrem Liebsten zu träumen.

In diesem stillen, durch die Sittsamkeit seiner Bewohner ausgezeichneten Dörfchen befand sich auch ein Pfarrhaus. Von den Bewohnern dieses Pfarrhauses soll die folgende Geschichte erzählen.

Der Pfarrer, Nikodemus geheißen, war ein behäbiger Herr, so in Mitte der Vierziger. Sein tonsurierter Schädel jedoch ließ ihn noch ein Teil älter erscheinen, als er wirklich war. Seine Köchin und Haushälterin war ebenfalls so nahe an den Vierzigern und sie gab, was Körperumfang und Wohlbeleibtheit anbetraf, ihrem Dienstherrn, dem Pfarrer, wenig nach. Dessenungeachtet jedoch verrichtete sie treu und gewissenhaft ihren Dienst, sorgte für die Abfütterung ihres Dienstherrn sowohl wie auch dessen Viehstandes, der aus drei hübschen weißen Ziegen, einer Schar Gänse, Hühner und Tauben bestand. Des Abends dann richtete sie dem Herrn Pfarrer mit großer Liebe das Bett, damit er ja recht weich zu liegen komme des Nachts.

So tat sie nun schon an die zwanzig Jahre lang. Und ganz im Anfange dieser Zeit ist folgendes Geschehnis passiert:

Trotz der Liebe und Sorgfalt, mit der die damals noch junge und liebliche Köchin ihrem Dienstherrn täglich das Bett herrichtete, geschah es öfter, daß der Pfarrer gar nicht zufrieden war und ihr Vorwürfe machte, daß das Bett zu hart gemacht sei.

Fräulein Monika, so hieß die löbliche Pfarrersköchin, war sich in ihrem Herzen jedoch keiner Schuld bewußt. Trotzdem bat sie aber den Pfarrer um Verzeihung und schwor, es solle nicht wieder vorkommen, daß das Bett so hart gemacht würde, und wenn sie es selber am eigenen Leibe erst ausprobieren müsse. Der Pfarrer nickte zu diesem Gelöbnis und sagte: „Ja, tue das, Moni. Ich weiß ja, daß Du gewissenhaft bist."

So geschah es denn, daß am folgenden Abend, als der Pfarrer zu Bett gegangen war und das Licht ausgelöscht hatte, Fräulein Monika leise ins Schlafzimmer des Herrn Pfarrers schlich, um eigenen Leibes die Weiche des Bettes auszuprobieren. Leise entledigte sie sich ihrer Kleider und wollte ins Bett schlüpfen, als sie gewahr wurde, daß schon jemand drin lag. Erschrocken stieß sie einen leisen Schrei aus und wollte fliehen. Da vernahm sie die bekannte Stimme des Pfarrers, der nach der Ursache des Lärmens frug. Fräulein Monika, die in Hemd und Filzpantoffeln bis in die Mitte des Zimmers zurückgeflohen war, erwiderte unter dem Schutze der Dunkelheit, daß sie nun ihre Pflicht erfüllen und das Bett hätte ausprobieren wollen, und nun sei der Herr Pfarrer selber drin, worüber sie sich also erschrocken habe.

Der Pfarrer brummte etwas Unverständliches für sich, worauf er dann seine Stimme erhob und die Monika also belehrte:

„Ja, was denkst Du denn, wo ich indessen schlafen soll? Ist denn das Bett nicht breit genug, daß wir beide darin Platz haben? Und so sehr hart ist es wieder. Komme her und probiere es."

Da faßte sich Monika ein Herz. Sie schlich und stieg, zwar mit klopfendem Herzen, jedoch mit anerkennenswerter Tapferkeit, ins Bett und fand, daß dasselbe wirklich für zwei Personen Platz genug bot.

Also konnte die Bettprobe beginnen.

Wie dieselbe vor sich ging, darüber schweigt die Fama. Ebenso ist nichts Genaueres darüber bekanntgeworden, wie diese Bettprobe ausgefallen ist. Nur soviel steht fest, daß am andern Morgen Fräulein Monika in der Küche manchen Seufzer ausstieß, worauf sie dann allemal laut zu sich selber sprach: „Es muß doch zu hart gewesen sein, das Bett. Ich bin heute gar nicht so ausgeruht wie sonst." Worauf der Pfarrer, der einmal Zeuge dieses Gespräches wurde, ihr zur Strafe auferlegte, so lange die Bettprobe zu machen, bis sie gelernt habe, ein Bett weich und angenehm zu machen.

Wie lange diese Lehrzeit gedauert, verschweigt Frau Fama sehr diskret. Nur manchmal behauptet sie, daß diese Lehrzeit auch heute noch nicht zu Ende sei, sintemalen Fräulein Monika noch heute die Bettprobe machen müsse. Aber das ist wohl nur eine boshafte Bemerkung der Frau Fama niemalen die holde Dame den Pfarrersköchinnen nicht besonders wohl gesinnt ist, was ja unzweifelhaft aus der Behauptung Frau Famas hervorgeht, daß die Bettprobe ein Erbübel aller Pfarrersköchinnen römischer Konfession sei.

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, in deren auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

Die russische Revolution 1905

Trotzkis Buch, das die Viva nun in einer neuen Auflage herausgebracht hat, hat für Deutschland aktuelles Interesse. Schildert doch Trotzki in packender Weise das Gären vor der Revolution, das Scheiden der Klassen und die Strömungen innerhalb der proletarischen Klasse, es zeigt den Prozeß des Ausmerzens der Unklaren, der Schwankenden und Halben, das taktische Tasten und Fühlen, das Wegsuchen mit seinen Irrungen, das sichere Marschieren auf dem von den wirklich Revolutionären als richtig erkannten Wege, die Widerwärtigkeiten in den eigenen Reihen, den Verrat ehemaliger Freunde.

Alles das, was nun auch das deutsche Proletariat in so intensiver Weise bewegt, tritt uns, wenn auch in anderer Form, unter anderen Verhältnissen, doch in fast spiegeltreuem Bild aus Trotzkis Buch entgegen.

In einer Besprechung des Buches sagt Genosse Frölich u. a.:

„Der Hammerschlag der Revolution dröhnt im Buche Trotzkis." Das war der Eindruck, den ich hatte, als das Buch Anfang 1910 zum ersten Male in deutscher Sprache erschienen war. Inzwischen ist der ersten Feldschlacht des russischen Proletariats der Generalsturm auf den Zarismus und der Sieg über die Bourgeoisie gefolgt. Inzwischen hat dasselbe Proletariat das gigantische jahrelange Ringen der Verteidigung seiner Macht sieghaft bestanden und eine Welt in Erstaunen und Schrecken versetzt. Inzwischen ist Europa die Arena der Revolution geworden, und die deutsche Arbeiterklasse hat ihr 1905 mit seinen Hoffnungen und Prüfungen, seinen Schwächen und seinem Heldenmut hinter sich. Und heute, wo uns ein Dutzend Jahre, angefüllt mit gewaltigen Ereignissen und großen Erfahrungen, von jenem ersten Erscheinen des Buches trennen, heute wieder derselbe starke Eindruck: der Hammerschlag der Revolution! Das macht, daß dieses Buch keine trockene Geschichtsschreibung, keine Nachbetrachtung ist. Es ist aus der Zeit geboren, die es darstellen will. Seine einzelnen Teile behandeln die Etappen der Revolution von 1905, und sie wurden zum Teil eben in jenen Tagen geschrieben in den Zeitungen der Revolution, gesprochen vor den Tribunalen der Konterrevolution. Darum atmen sie den Rhythmus und das Feuer der großen Zeit. Sie waren der Ausdruck für das Fühlen und Denken der Revolution, ihre Anklagen und ihre Selbstverständigung. Dadurch erhalten wir zwar keinen lückenlosen Bericht über die Vorgänge im Revolutionsjahre, aber um so stärker fühlen wir uns umbraust von dem lebendigen Strom des revolutionären Prozesses selber.

So erleben wir mit das Wachsen der revolutionären Stimmung in allen Volksschichten während des russisch-japanischen Krieges, den russischen „Frühling", jene Zeit der schönen Phrasen, der leeren Versprechungen, der Verbrüderung von Bourgeoisie und Zarismus, des letzten Versuches der absolutistischen Macht, sich durch unfruchtbares liberales Geschwätz aufrecht zu erhalten. Aber der Zusammenbruch in Ostasien hat das Zarentum zu tief erschüttert. Es wird zur Machtprobe mit den inneren Feinden gezwungen. Das Proletariat, das von Jahr zu Jahr immer heftiger in ökonomischen Streiks seine Faust geschüttelt, es tritt jetzt als politischer Faktor auf und fordert die alte Welt heraus. Trotzki läßt uns den berühmten Zug der Petersburger Arbeiter unter der Führung des abenteuerlichen Popen Gapon am 22. Januar miterleben, der endet mit der Blut- und Feuertaufe der Revolution. Dann zeigt er die Entwicklung der großen Streikbewegung, die monatelang nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt in Atem hält. Im großen Reiche flammen die Streiks auf an allen Enden, in allen Zentren. Noch auf einzelne Orte beschränkt, verlöschen sie bald, um kurz darauf aus geringfügigen äußeren Anlässen wieder zu entbrennen, bis schließlich der Orkan der Revolution den Riesenbrand des Generalstreiks über ganz Rußland jagt. Der Oktoberstreit bezwingt die Staatsmaschine. Das Oktobermanifest wird erlassen. Die neue Aera ist da mit Preß- und Versammlungsfreiheit, dem Verfassungsversprechen und dem „liberalen" Witte, aber auch mit der Nagaika, der Polizei, den Kosaken und dem Bluthund Trepow. Da beginnt der Kampf um die Macht, auf der einen Seite geleitet von dem Petersburger Arbeiterdelegiertenrat. Alle Schichten des russischen Volkes werden aufgewühlt. Das Proletariat schafft und befestigt seine Organisationen. Es bereitet sich zum Aufstand vor. Das Heer verfällt der „Demoralisation". Meutereien brechen aus von Kronstadt bis Sebastopol.

Aber die Regierung organisiert die Mordbanden der Schwarzen Hunderte. Sie bedroht die Gefangenen vom Militäraufstand in Kronstadt mit dem Tode und verhängt über Polen den Belagerungszustand. Das Proletariat antwortet mit dem Novemberstreik. Es hat mit ihm einen vollen Erfolg. Aber es ist auch der letzte große Erfolg. Die Reaktion erobert jetzt Position auf Position, bis sie den Petersburger Arbeiterrat verhaften kann und die Moskauer Arbeiterschaft in hartem Straßenkampf niederschlägt.

Nun kommt der Rachefeldzug, in dem die Reaktion jahrelang wütet, Schandtat auf Schandtat, Verbrechen auf Verbrechen häuft. Von diesem Rachezug gibt Trotzki ein Beispiel in der Schilderung des Prozesses gegen den Arbeiterdelegiertenrat mit der kühnen Offensive der Angeklagten gegen Staatsanwalt und Gericht nicht nur, sondern zugleich gegen die gesamten Reaktion. Dann folgt die Verbannung und die abenteuerliche Flucht Trotzkis aus Sibirien.

Das Ganze ist geschrieben mit der kräftigen Eleganz, die Trotzki wie kaum ein anderer meistert. Jedes Wort ist lebendig, jeder Abschnitt packt."

Wo das Buch noch fehlt, sei es Privat- oder Vereinsbibliothek, da sollte es zu einem der ersten Werke gehören, die als Neuanschaffung vorgesehen werden

Bericht vom 3. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale vom 4. bis 16. Dezember 1922 in Moskau. Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg. 290 Seiten Text und 12 Seiten Diagramme und Tabellen über die Arbeit des EK. der KJI. Preis bis zum 30. April 3300 Mk.

Der Bericht ist — trotz seines Umfangs — nur ein gekürzter Auszug der Kongreßverhandlungen. Dennoch gibt er ein wirkliches Bild der Verhandlungen und einen Ueberblick über die ernsten und lebhaft geführten Debatten. Im wesentlichen standen vor dem Weltkongreß zwei Hauptaufgaben: 1. Die Selbstverständigung über die praktische Durchführung der Beschlüsse des 2. Kongresses und die Linie der Massenorganisation. 2. Die Stellungnahme für das gesamte Jungproletariat gegen die Angriffe des Kapitals. Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß über die Schaffung von Betriebszellen, da diese den wichtigsten Teil unserer Massenarbeit ausmachen. Der Kongreß hat ferner praktische Anweisungen für den wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampf der KJO. geben und die Forderungen formuliert, um welche die KJO. in erster Linie kämpfen müssen. Mit derselben Klarheit hat der Kongreß das Wachstum des Militarismus und der Reaktion beleuchtet und die Notwendigkeit der neuen Aufnahme eines verstärkten Kampfes gegen sie festgestellt. Als Anhang sind dem Bericht alle gefaßten Resolutionen und Beschlüsse beigefügt sowie verschiedene Diagramme, die die Fortschritte der KJI., den Einfluß und Vertrieb der kommunistischen Jugendpresse und Literatur und die Arbeit und Tätigkeit des EK. der KJI. wiedergeben. Der Bericht sollte in keiner Jugendbibliothek fehlen, da er bei den Diskussionen und der Durchführung der Beschlüsse des 3. Kongresses unentbehrlich ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230417-19/fragment/page=0006